



Politikfeldanalyse Strompolitik in der Schweiz

ABSCHLUSSBERICHT

22. JUNI 2020

**DELIA BRÄNDLI, CHRISTIAN SCHÄPPER, MAJA SCHOCH & JONAS
WÜTHRICH**

CAPSTONE-KURS SEPTEMBER 2019 – JUNI 2020

BETREUUNG: PROF. DR. DANIEL KÜBLER & PALMO
BRUNNER

INSTITUT FÜR POLITIKWISSENSCHAFT, UNIVERSITÄT
ZÜRICH

Abstract

Im Rahmen eines Projekts der Universität Zürich im Auftrag von Swissolar, dem Schweizerischen Fachverband für Sonnenenergie, befasst sich die vorliegende Politikfeldanalyse mit der Schweizer Strompolitik. Dabei wird auf das von Paul A. Sabatier entwickelte Advocacy Coalition Framework (ACF) zurückgegriffen, um eine systematische Übersicht der Schweizer Strompolitik der letzten zehn Jahre zu erstellen, ihre zugrundeliegenden Dynamiken aufzuzeigen und mögliche Zukunftsperspektiven herauszuarbeiten. Die Analyse stützt sich auf Interviews und Fragebögen, die mit Vertreterinnen und Vertretern von 32 relevanten Akteuren der Schweizer Strompolitik durchgeführt wurden. Anhand einer Faktoren- sowie einer sozialen Netzwerkanalyse lassen sich Koalitionen ermitteln, welche sich in einer Konfliktdimension «Wirtschaftsliberalismus versus Ökologie» gegenüberstehen. Während laut früheren Studien das Politikfeld Strom in der Vergangenheit von zwei Koalitionen geprägt wurde - einer dominanten wirtschaftsliberalen und einer weniger einflussreichen ökologischen Koalition - werden in dieser Analyse zusätzlich zwei weitere, moderate Koalitionen identifiziert. Dies zeigt, dass sich die Akteure zwischen den Koalitionen tendenziell in ihren politischen Positionen angenähert haben und vermehrt koalitionsübergreifend zusammenarbeiten, aber innerhalb der Koalitionen die Heterogenität zunimmt. Ausserdem hat die Hegemonie der wirtschaftsliberalen Koalition ab- und die Relevanz der ökologischen Koalition zugenommen. Trotz wichtiger Veränderungen in den letzten zehn Jahren im gesetzlichen (Energiestrategie 2050), technologischen (Digitalisierung) und gesellschaftlichen Bereich (Klimabewegung) kann noch kein grundlegender politischer Wandel festgestellt werden.

Inhalt

1	Die Schweizer Strompolitik im Wandel.....	5
2	Zielsetzung und Vorgehen.....	6
3	Theoretischer Hintergrund.....	6
3.1	Analysekonzept: Advocacy Coalition Framework.....	6
3.2	Forschungsgegenstand.....	9
4	Methodisches Vorgehen.....	9
4.1	Identifikation von Geschäften und Akteuren.....	9
4.2	Befragung der Akteure und Auswertung der Interviews.....	10
5	Die wichtigsten Geschäfte der letzten zehn Jahre.....	11
5.1	Energiestrategie 2050.....	11
5.2	Revision Stromversorgungsgesetz StromVG.....	13
5.3	Totalrevision des CO ₂ -Gesetzes.....	15
6	Die Akteure der Schweizer Strompolitik.....	15
6.1	Erläuterungen zu Akteuren und Kategorien.....	17
7	Advocacy-Koalitionen in der Schweizer Strompolitik.....	19
7.1	Reputation der Akteure.....	19
7.2	Positionierungen der Akteure anhand ihrer «policy core beliefs».....	20
7.3	Die «policy belief systems» der Koalitionen.....	22
7.4	Zusammenarbeit.....	25
7.5	Starre Fronten oder «policy-oriented learning»?.....	27
8	Die Debatten der Gegenwart und Zukunft.....	29
8.1	Wahrnehmung der aktuellen Prozesse.....	29
8.2	Mögliche Zukunftsszenarien.....	30
9	Diskussion.....	32
9.1	Ein Politikfeld im Umbruch?.....	32
9.2	Limitationen der Studie.....	34
10	Fazit.....	35
11	Literaturverzeichnis.....	36
12	Abbildungsverzeichnis.....	37
13	Tabellenverzeichnis.....	37
14	Anhang.....	38

Abkürzungsverzeichnis

ACF	Advocacy Coalition Framework
AEE	Aee Suisse
AKAD	Akademien der Wissenschaften Schweiz
ALPI	Alpiq Holding AG
AVEN	Avenir Suisse
AVES	Aktion für eine vernünftige Energiepolitik
AXPO	Axpo Holding AG
BAFU	Bundesamt für Umwelt
BAG	Bundesamt für Gesundheit
BAUEN	Bauen Schweiz
BAUME	Baumeisterverband
BDP	Bürgerlich-Demokratische Partei
BFE	Bundesamt für Energie
BIOM	Biomasse Suisse
BKW	BKW Energie AG
BPUK	Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz
BR	Bundesrat
BSS	B,S,S. Volkswirtschaftliche Beratung AG
CO ₂	Kohlenstoffdioxid
CVP	Christlichdemokratische Volkspartei
DSV	Dachverband Schweizer Verteilnetzbetreiber
ECOP	Ecoplan
EKZ	Elektrizitätswerke des Kantons Zürich
ELCOM	Eidgenössische Elektrizitätskommission
EMPA	Eidgenössische Materialprüfungs- und Forschungsanstalt
ENDK	Konferenz kantonaler Energiedirektoren
ES	Economiesuisse
ES2050	Energiestrategie 2050
ETH	ETH-Rat
EU	Europäische Union
EWZ	Elektrizitätswerke der Stadt Zürich
FDP	FDP.Die Liberalen
FPE	Fédération Patronale et Économique
FRC	Fédération Romande des Consommateurs
GGG	Gruppe Grosser Stromkunden
GLP	Grünliberale Partei
GPEAC	Greenpeace Schweiz
GPS	Grüne Partei der Schweiz
GTEM	Geothermie Schweiz
GV	Gemeindeverband
HEV	Hauseigentümerverband
HSUB	Verein Hochspannung unter den Boden
IGEB	InteressenGemeinschaft Energieintensive Branchen
INFRAS	INFRAS
IWB	Industrielle Werke Basel
KBNL	Konferenz der Beauftragten für Natur- und Landschaftsschutz
KEV	Kostendeckende Einspeisevergütung
Kf	Schweizerisches Konsumentenforum
KGTV	Konferenz der Gebäudetechnikverbände
KONS	Konsumentenorganisationen
kW	Kilowatt
MuKE	Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich
NOVA	Netz-Optimierung vor Netz-Verstärkung vor Netz-Ausbau
NUKL	Nuklearforum
PARL	Parlament
PCA	Principal Component Analysis
PRONA	Pro Natura
PSI	Paul Scherrer Institut
PV	Photovoltaik
RKGG	Regierungskonferenz der Gebirgskantone
RPOW	Repower
SAB	Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete
SCIND	scienceindustries
SCLEA	Swisscleantech

SELEC	Swisselectric
SEOLE	Suisse Eole
SES	Schweizerische Energiestiftung
SGB	Schweizerischer Gewerkschaftsbund
SGRID	Swissgrid AG
SGV	Schweizerischer Gewerbeverband
SKS	Stiftung für Konsumentenschutz
SLS	Stiftung Landschaftsschutz Schweiz
SMEM	Swissmem
SMV	Schweizerischer Mieterinnen- und Mieterverband
SNUC	Swissnuclear
SOIL	Swissoil
SP	Sozialdemokratische Partei
SPOW	Swisspower
SSHYD	Swiss Small Hydro
SSOL	Swissolar
STECH	Suissetec
SV	Städteverband
SVP	Schweizerische Volkspartei
SVUT	Schweizerischer Verband für Umwelttechnik
SWV	Schweizerischer Wasserwirtschaftsverband
TS	Travail.Suisse
UALL	Umweltallianz
UREK	Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie
UVEK	Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation
UVEKBFE	UVEK / BFE
VCS	Verkehrs-Club der Schweiz
VOLK	Volk
VSE	Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen
VSG	Verband der Schweizerischen Gasindustrie
VSGS	Verein Smart Grid Schweiz
WEKO	Wettbewerbskommission
WKK	Wärme-Kraft-Kopplung
WWF	WWF Schweiz

1 Die Schweizer Strompolitik im Wandel

Die Schweizer Strompolitik erlebte im vergangenen Jahrhundert grosse Veränderungen. Nachdem die Schweiz in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts vor allem auf Erdöl als Energiequelle setzte, stellte die wachsende Energienachfrage während des Wirtschaftsaufschwungs der Nachkriegszeit eine zunehmende Herausforderung dar. In den 1960er-Jahren erhielt die Kernenergie immer mehr internationales Interesse und 1969 baute schliesslich auch die Schweiz ihr erstes Atomkraftwerk Beznau I. Kurze Zeit später führten die Ölpreiskrisen der 70er-Jahre zu einer zunehmenden Distanzierung vom fossilen Energieträger Erdöl. Später entfachten die Atomunfälle Three Mile Island 1979 und Tschernobyl 1986 die Debatte rund um den Atomausstieg. Diese Debatte führte schliesslich zum Atom-Moratorium in der Schweiz, welches einen zehnjährigen Baustopp von Atomkraftwerken vorsah und 1990 in einer Volksabstimmung angenommen wurde (Kammermann/Strotz 2014: 21–22).

Gemäss Kriesi und Jegen (2000: 9) wurde die Schweizer Strompolitik bis zu den frühen 1990er-Jahren von einer wirtschaftsliberalen «pro-growth» Koalition dominiert, welche aus der Elektrizitätswirtschaft, kantonalen Regierungen und Mitte-Rechts-Parteien bestand. Mit dem Atom-Moratorium von 1990 wurde diese Koalition zunehmend infrage gestellt und Themen wie Energieeffizienz und erneuerbare Energien wurden in die Debatte aufgenommen. Über den Zeitraum von einem Jahrzehnt hinweg verlor die wirtschaftsliberale Koalition immer mehr an Einfluss. Zeitgleich etablierte sich eine weitere Koalition, welche bis zu diesem Zeitpunkt eine klare Minderheit darstellte: die ökologische oder «pro-ecology» Koalition. Sie bestand aus den Vertreterinnen und Vertretern von ökologischen Organisationen, Politikerinnen und Politikern von links-grünen Parteien und neuen Politikexpertinnen und -experten. Die Tatsache, dass sich in der Energie- und Strompolitik nun plötzlich zwei Koalitionen gegenüberstanden, führte zu einer enormen Intensivierung der Energiedebatte. Gemäss Kriesi und Jegen (2001) schaffte es die neue Koalition jedoch bis Anfang des 21. Jahrhunderts nicht, eine neue Hegemonie im Feld der Strompolitik zu etablieren. Allerdings gingen die Meinungen bei umstrittenen Instrumenten wie z.B. der Erhebung einer Steuer auf erneuerbaren Energien innerhalb der wirtschaftsliberalen Koalition weit auseinander. Während die kantonalen Regierungen die Steuer grösstenteils befürworteten, sprachen sich die Elektrizitätswirtschaft sowie die Mitte-Rechts-Parteien mehrheitlich dagegen aus. So war Anfang des 21. Jahrhunderts erstmals eine Allianz zwischen Vertreterinnen und Vertretern der beiden sich gegenüberstehenden Koalitionen möglich.

Bereits die 2000er-Jahre waren geprägt von der Energiewende; so lancierte der Bund im Jahre 2001 das Programm EnergieSchweiz mit Zielen wie der Reduktion des Verbrauchs fossiler Energien oder der Reduktion des CO₂-Ausstosses. Nach der Nuklearkatastrophe in Fukushima 2011 beschleunigte sich diese Entwicklung noch. Gemäss Markard et al. (2016) blieben die bestehenden Koalitionen jedoch trotz des Fukushima-Schocks stabil. Allerdings konnten die Autorinnen und Autoren aufzeigen, dass die Heterogenität der Überzeugungen innerhalb der Koalitionen weiter anstieg, sich jedoch die ökologische Koalition sowie die weiterhin dominante wirtschaftsliberale Koalition in ihren Positionierungen immer weiter annäherten. Eine Mehrheit der wichtigen Akteure aus der wirtschaftsliberalen Koalition unterstützte nun Schlüsselaspekte der Energiewende. Markard et al. (2016) erklären diese Veränderungen damit, dass beispielsweise erneuerbare Energien mittlerweile wirtschaftliche Chancen bieten und einfacher mit konservativen Werten wie der Schaffung von Arbeitsplätzen oder der Unabhängigkeit vom Ausland vereinbar sind. Gleichzeitig hat die Atomkraft an Legitimität verloren und ist immer teurer geworden. Auch wenn die Koalitionen 2016 noch grösstenteils unverändert gegenüber dem Jahr 2000 waren, schien es, als würden sich die Überzeugungen und Werte der Akteure langsam verändern. Ausserdem traten neue Akteure aus aufstrebenden Industrien wie Cleantech oder der Solarindustrie auf. Dies könnten Indizien für den Beginn einer grösseren politischen Veränderung sein (Markard et al. 2016).

Heute ist die Schweizer Energiepolitik ein Politikfeld in Bewegung. Am 21. Mai 2017 kam als Folge des Reaktorunglücks in Fukushima das revidierte Energiegesetz vor das Volk und wurde angenommen. Damit besteht nun eine Rechtsgrundlage für die Energiestrategie 2050, welche mittels Atomausstieg,

der Förderung erneuerbarer Energien und der Steigerung der Energieeffizienz die Energiewende bis im Jahr 2050 herbeiführen soll. Das gesamte Politikfeld ist heute stark von der Energiestrategie 2050 geprägt, für die nun bereits das erste Massnahmenpaket beschlossen wurde. Dieses setzt sich zum Ziel, die Energieeffizienz zu steigern, erneuerbare Energien auszubauen, das Kernenergiegesetz – hin zu einem schrittweisen Ausstieg aus der Atomkraft – zu ändern und die Stromnetze den neuen Bedürfnissen anzupassen (BFE 2018b). In diesem Sinne behandelt die Energiestrategie 2050 bereits im frühen Stadium eine breite Palette an Themen und betrifft deshalb zahlreiche Sektoren in Politik und Wirtschaft. Da die Energiestrategie 2050 grundlegende Änderungen auf verschiedenen Ebenen herbeiführt, stellt sie auch einen Wandel in der Energie- und Strompolitik der Schweiz dar. Diese und andere Faktoren tragen zu einer hohen Komplexität des Politikfeldes bei und führen dazu, dass enorm viele Akteure involviert sind.

2 Zielsetzung und Vorgehen

Diese eben beschriebenen Ereignisse und Geschehnisse sind die Ausgangslage der vorliegenden Studie. Im Rahmen eines Projektes der Universität Zürich im Auftrag von Swissolar, dem Schweizerischen Fachverband für Sonnenenergie, wird eine Politikfeldanalyse, d.h. eine systematische Übersicht über die schweizerische Strompolitik der letzten Jahre, ihre zugrundeliegenden politischen Dynamiken sowie mögliche Zukunftsperspektiven erstellt. Zu diesem Zweck wird das von Paul A. Sabatier (1998) entwickelte *Advocacy Coalition Framework* (ACF) genutzt. Hauptinteresse dabei ist die Strompolitik, welche einen grossen Anteil der Energiepolitik ausmacht, und vor allem durch die Massnahmen im Bereich der Stromnetze, aber auch aufgrund der vorgesehenen Änderungen in den Bereichen Energieeffizienz und erneuerbare Energien, stark von der Energiestrategie 2050 betroffen ist. Das Projekt fokussiert auf die nationale Strompolitik und berücksichtigt in diesem Sinne weder internationale noch regionale (z.B. kantonale) Veränderungsprozesse oder Akteure. Die Forschungsfragen, welche beantwortet werden sollen, lauten wie folgt:

- a. Welches sind die Akteure, die sich in der Schweiz auf Bundesebene an der politischen Auseinandersetzung über die staatlichen Massnahmen im Bereich der Strompolitik aktiv und öffentlich sichtbar beteiligt haben?
- b. Welche Akteure vertreten ähnliche Positionen (policy belief systems) im Bereich der Strompolitik? Haben diese Akteure aufgrund der Ähnlichkeit ihrer belief systems miteinander zusammengearbeitet und somit Advocacy-Koalitionen gebildet?
- c. Welchen Einfluss hatten die verschiedenen Advocacy-Koalitionen auf politische Entscheidungen in der Strompolitik in den letzten zehn Jahren? Worauf geht der Einfluss dieser Advocacy-Koalitionen zurück und wie ist dieser Einfluss in zukünftigen Auseinandersetzungen zu beurteilen?

Für die Beantwortung der ersten Forschungsfrage werden die für die Strompolitik wichtigsten Geschäfte der letzten zehn Jahre untersucht und diejenigen Akteure identifiziert, welche sich in den ausgewählten Entscheidungsprozessen sichtbar geäussert haben. Im Hinblick auf die zweite und dritte Forschungsfrage werden die identifizierten Akteure im Rahmen eines Interviews oder eines schriftlichen Fragebogens befragt. Aus den Antworten werden die wichtigsten Konflikte ermittelt, die Positionierungen, die Relevanz und die Zusammenarbeitsbeziehungen untersucht und ergründet, auf welche Weise die verschiedenen Akteure die Strompolitik beeinflussen.

3 Theoretischer Hintergrund

3.1 Analysekonzept: Advocacy Coalition Framework

Die vorliegende Studie orientiert sich in erster Linie an dem von Paul A. Sabatier (1998) entwickelten Advocacy Coalition Framework (ACF), welches die wichtigsten Faktoren eines politischen Entscheidungsprozesses zu erklären versucht. Konkret ist das Ziel des ACF, ein kohärentes Verständnis

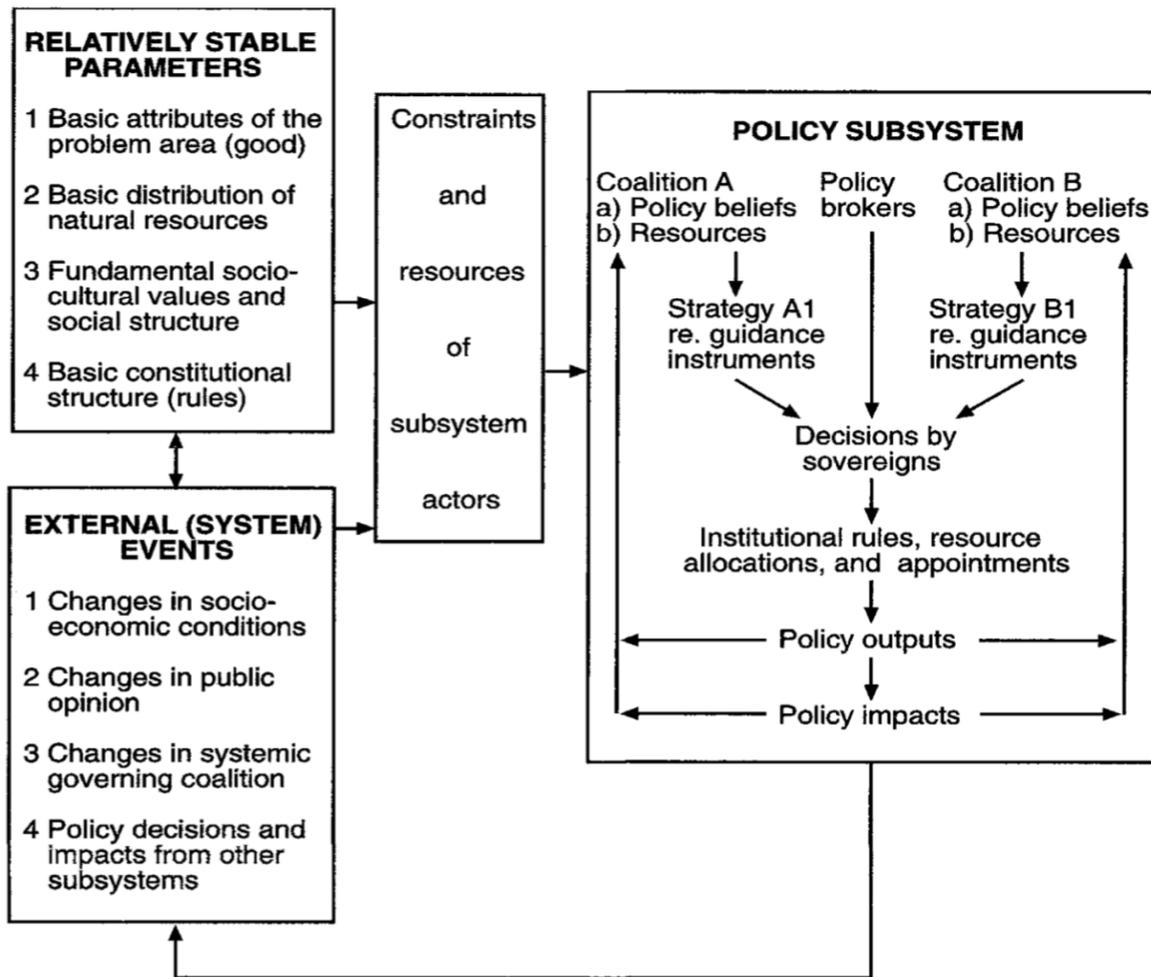
für politische Veränderungsprozesse zu bieten. Um eine politische Veränderung («policy change») genauer zu verstehen, wird ein bestimmtes Politik-Subsystem («policy subsystem») berücksichtigt – zum Beispiel die Strompolitik. Gemäss Sabatier schliessen sich innerhalb eines Subsystems relevante Akteure, welche am Veränderungsprozess beteiligt sind, zu sogenannten Advocacy-Koalitionen («advocacy coalitions») zusammen und treiben so den politischen Veränderungsprozess voran.

Um sich in derselben Advocacy-Koalition zusammenzuschliessen müssen Akteure zwingend (a) eine Reihe von normativen und kausalen Überzeugungen teilen und (b) im Laufe der Zeit ein «nicht triviales Mass an koordinierter Tätigkeit» ausüben (Sabatier 1998: 103). Politik-Subsysteme können ausserdem einzelne Organisationen beinhalten, welche keiner Koalition angehören. Gemäss ACF sind diese jedoch langfristig unwichtig, da sie das Subsystem entweder verlassen oder sich einer Koalition anschliessen. Ausgenommen davon sind die sogenannten «policy brokers», welche zwischen den verschiedenen Strategien der Advocacy-Koalitionen vermitteln (Sabatier 1998).

Ein weiteres wichtiges Konzept des ACF bilden die sogenannten «belief systems». Jede Advocacy-Koalition hat ein «belief system», welches die gemeinsamen Überzeugungen der verschiedenen Akteure innerhalb der Koalition darstellt. Gemäss ACF ist dieses in eine hierarchische Struktur auf drei verschiedenen Ebenen unterteilt. Auf der höchsten Ebene befindet sich der «deep core», der tiefe Kern der Überzeugungen. Dieser beinhaltet grundlegende ontologische und normative Überzeugungen, wie zum Beispiel die relative Bewertung der individuellen Freiheit gegenüber der sozialen Gleichheit. Solche Grundüberzeugungen erstrecken sich auf praktisch alle Politikbereiche und sind typischerweise resistent gegenüber Veränderungen. Die Links-Rechts-Skala gehört beispielsweise auf die Ebene des «deep core». Die nächste Ebene wird als «policy core» bezeichnet. Diese repräsentiert die grundlegenden normativen Verpflichtungen und kausalen Wahrnehmungen der Koalition in einem gesamten Politikbereich oder Subsystem. «Policy core»-Überzeugungen beschränken sich also auf ein einziges Politikfeld und können nicht auf ein anderes übertragen werden. Beispiele für solche Überzeugungen sind Werteprioritäten wie zum Beispiel die relative Wichtigkeit von wirtschaftlichem Wachstum im Vergleich zu Umweltschutz. Gemäss ACF sind es die «policy core»-Überzeugungen, welche die Koalitionen in einem Politikfeld zusammenhalten. Sie sind somit ausschlaggebend für die Bildung ebendieser, können sich aber im Laufe der Zeit eher verändern als «deep core»-Überzeugungen. Die letzte Ebene des «belief systems» bilden die «secondary aspects». Diese beinhalten eine breite Palette an stärker eingegrenzten Überzeugungen – das heisst, sie beziehen sich nicht auf das gesamte Politikfeld, sondern nur auf Teilaspekte desselben. Beispiele für «secondary aspects» sind politische Einstellungen bezüglich wünschenswerter Regelungen oder Budgetzuweisungen. In diesem Sinne geht es hier nicht um Präferenzen, sondern darum, ob ein Akteur beispielsweise der Höhe eines zugewiesenen Budgets zustimmt. Überzeugungen bezüglich «secondary aspects» können sich im Laufe der Zeit immer wieder verändern (Sabatier 1998: 103, 104).

Gestützt auf ihr «belief system» beschliesst jede Koalition im Laufe des Veränderungsprozesses Strategien, um ihre politischen Ziele zu verfolgen. Mittels verschiedener Einflussmöglichkeiten («guidance instruments»), welche die Änderung von Regelungen, des Budgets, Personals oder Informationen beinhalten, wollen Advocacy-Koalitionen das Verhalten der Regierungsinstitutionen verändern, um so ihre politischen Ziele zu erreichen. Der Konflikt zwischen den einzelnen Advocacy-Koalitionen zu verschiedenen Strategien wird von «policy brokers» reguliert. Ihr Hauptanliegen ist es, einen vernünftigen Kompromiss zu finden, welcher intensive Konflikte reduziert.

Abbildung 1: Diagramm des ACF nach Sabatier (1998)



Weiter stellt Sabatier (1998) im Rahmen des ACF das Konzept des «policy-oriented learning» (politikorientiertes Lernen) vor, welches im Falle eines politischen Wandels unter spezifischen Umständen stattfinden kann. «Policy-oriented learning» bedeutet, dass Akteure unter bestimmten Umständen aufgrund von Erfahrungen und/oder neuen Informationen ihr Denken oder ihre Verhaltensabsichten, welche sich mit der Erreichung oder der Revision von Politikzielen befassen, dauerhaft verändern und in diesem Sinne über Koalitionsgrenzen und somit auch über Glaubenssysteme hinweg «lernen». Die politischen Kernüberzeugungen der verschiedenen Akteure und Koalitionen verändern sich allerdings nur in seltenen Fällen. Koalitionsmitglieder widersetzen sich gar den Informationen, die darauf hindeuten, dass ihre Überzeugungen ungültig oder unerreichbar sein könnten (Sabatier 1998: 104). «Policy-oriented learning» ist aus diesem Grund lediglich unter ganz spezifischen Umständen wahrscheinlich. Vorausgesetzt wird, dass einerseits ein informierter Konflikt auf mittlerer Stufe zwischen zwei Koalitionen besteht, und andererseits, dass jede der beiden Koalitionen über die technischen Ressourcen verfügt, um sich an einer solchen Debatte zu beteiligen. Zusätzlich muss ein Konflikt zwischen sekundären Aspekten eines Glaubenssystems und «policy core»-Aspekten des anderen Glaubenssystems, oder zwischen wichtigen sekundären Aspekten der beiden Glaubenssysteme bestehen (ebd.: 106). Dieser theoretische Ansatz ist der Grundbaustein der vorliegenden Analyse und wird verwendet, um die Schweizer Strompolitik gemäss ihren Akteuren und politischen Dynamiken zu analysieren.

3.2 Forschungsgegenstand

Gemäss Markard et al. (2016) sind die Advocacy-Koalitionen in der Strompolitik trotz des Fukushima-Schocks von 2011 stabil geblieben. Es ist die aktuellste Studie zur Strom- bzw. Energiepolitik der Schweiz im Kontext des ACF. Somit stehen sich gemäss aktuellem Stand der Forschung zwei Koalitionen im Politikfeld gegenüber. Allerdings stellen Markard et al. (2016) fest, dass die ökologische Koalition an Wichtigkeit gewinnt und dass die beiden Koalitionen aufgrund zunehmend ähnlicher Überzeugungen näher zusammenrücken, wobei die Überzeugungen innerhalb der Koalitionen zunehmend heterogener werden. Es zeigt sich, dass sich die «policy core»-Überzeugungen der verschiedenen Akteure langsam verändern. Dies ist laut Sabatier (1998) ein Anzeichen eines «major policy change» – eines weitreichenden Politikwandels. Vor knapp fünf Jahren waren erst die Anfänge einer solchen Veränderung ersichtlich. Nun stellt sich die Frage, ob es heute weitere Anzeichen für einen «major policy change» gibt. Wird das Politikfeld nun von einer anderen Koalition dominiert? Haben sich die Positionierungen der Akteure und der Koalitionen weiter verändert? Gab es Bewegungen in Bezug auf ihre Einflussstärke? Sind neue Akteure aufgetreten, welche für die Schweizer Strompolitik von Relevanz sind? Sind bisherige Akteure verschwunden?

Ausgehend von der Studie von Markard et al. (2016) erwarten wir, dass das Politikfeld Strom in der Schweiz weiterhin von zwei Koalitionen dominiert wird, wobei die ökologische gegenüber der wirtschaftsliberalen Koalition im Vergleich zu 2016 zunehmend an Wichtigkeit gewonnen hat. Weiter gehen wir davon aus, dass beide Koalitionen eine hohe Heterogenität aufweisen, wenn es um die «policy core»-Überzeugungen der einzelnen Akteure geht, und dass gleichzeitig die Koalitionen in ihren Überzeugungen und Werten relativ nahe beieinanderliegen.

Sabatier (1998: 103) nennt vier grundlegende Ursachen für einen «major policy change»: So können bedeutsame sozio-ökonomische Veränderungen, ein grundlegender Meinungsumschwung bei der Bevölkerung, wesentliche Machtverschiebungen bei der Regierungskoalition oder massgebliche Entscheidungen in anderen Policy-Subsystemen ein Politikfeld spürbar umgestalten. Dies könnte durchaus der Fall sein: Die Klimadebatte unter dem Einfluss der «Fridays For Future»-Bewegung hat sich seit 2018 extrem intensiviert und die Wahlen 2019 waren geprägt vom Erfolg der Grünen und Grünliberalen. Dementsprechend kann die These formuliert werden, dass diese beiden Ereignisse einen tiefgreifenden Politikwandel auslösen und dass dieser Wandel eine klare Gewichtsverschiebung zur Folge haben könnte.

4 Methodisches Vorgehen

Die folgenden Abschnitte beschreiben das methodische Vorgehen, welches für die einzelnen Schritte der Politikfeldanalyse angewendet wurde. Dazu gehört die Identifikation der wichtigsten Geschäfte und Akteure mittels einer qualitativen Inhaltsanalyse von offiziellen Dokumenten zur Beantwortung der ersten Forschungsfrage, sowie daraus resultierend die Authentifizierung der relevanten Akteure. Im zweiten Abschnitt wird die Befragung der Akteure sowie das Vorgehen und die Auswertung kurz erläutert.

4.1 Identifikation von Geschäften und Akteuren

In einem ersten Schritt werden die relevanten Entscheidungsprozesse der letzten zehn Jahre in der Strompolitik der Schweiz anhand einer systematischen Durchsichtung der Geschäftsdatenbank des Schweizer Parlaments, Curia Vista, erfasst. Die Suche wurde auf die Geschäfte des Bundesrates beschränkt, da diese die wichtigsten Entscheidungsprozesse darstellen und in vielen Fällen Interpellationen, Motionen, Postulate sowie parlamentarische Initiativen in diese Geschäfte miteingeflossen sind. Dies dient einerseits dazu, einen Überblick über das gesamte Politikfeld zu gewinnen und andererseits, die Akteure zu bestimmen, welche sich in diesen Entscheidungsprozessen geäussert haben. Mittels qualitativer Inhaltsanalyse werden die Vernehmlassungsberichte zu den Geschäften untersucht, um anhand zweier Kriterien die relevantesten Massnahmen auszuwählen: Die

Massnahmen müssen erstens einen inhaltlichen Bezug zur Strompolitik aufweisen und zweitens kontrovers diskutiert worden sein. Die Anzahl der Akteure, die sich zu einer bestimmten Massnahme äussern, ist ein Indiz dafür, wie kontrovers eine Massnahme diskutiert wird und welche Konflikte zwischen den Akteuren bestehen.

Die Akteure, welche sich zu den umstrittenen und relevanten Massnahmen geäussert haben, werden in eine vorläufige Liste aufgenommen. Diese Akteursliste wird in einem zweiten Schritt nach definierten Kriterien eingegrenzt, die sich unter anderem am Vorgehen von Sciarini (2015) anlehnt: (1) Einzelne Akteure werden in Dachverbänden und übergeordneten Organisationen zusammengefasst; (2) nur nationale und überregional tätige Akteure werden berücksichtigt; (3) Akteure müssen einen thematischen Bezug zur Strompolitik aufweisen; (4) Akteure müssen sich zu mehr als nur einem der ausgewählten Geschäfte geäussert haben. Zielgrösse dieses Vorgehens ist eine Liste von ungefähr 30 Akteuren, welche schliesslich von einer Expertin und einem Experten validiert und ergänzt wird. In einem nächsten Schritt werden alle identifizierten Akteure für ein Interview angefragt.

4.2 Befragung der Akteure und Auswertung der Interviews

In einem nächsten Schritt werden die identifizierten Akteure befragt, um ihre Positionen sowie eine allfällige Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Akteuren zu ermitteln. Insgesamt werden mit 25 der 43 Akteure Interviews geführt, welche sowohl offene als auch geschlossene Fragen beinhalten. Jedes Gespräch dauert ungefähr eine Stunde, die offenen Antworten werden sinngemäss transkribiert. Zusätzliche 7 Akteure füllen einen Fragebogen aus, der die geschlossenen Fragen umfasst (siehe Anhang, Tabelle 15).

Das eigens konzipierte Interview setzt sich aus einem quantitativen und einem qualitativen Teil zusammen. Hierbei beziehen sich die offenen Fragen des qualitativen Teils auf die Strompolitik im Allgemeinen und dienen dazu, das Politikfeld und seine Dynamiken im Detail zu verstehen. Der quantitative Teil besteht aus mehreren Fragebogen, welche die oben ausgearbeiteten Listen von Massnahmen und Akteuren beinhalten und darauf abzielen, die Akteure aufgrund ihrer Positionierungen und Zusammenarbeitsbeziehungen in Koalitionen einzuordnen, sowie die Reputation der einzelnen Akteure zu ermitteln (Fragebogen im Anhang).

Für Letzteres werden die Befragten um eine Bewertung des Einflusses auf die Strompolitik der anderen Akteure gebeten. Der Durchschnitt aus diesen Bewertungen ergibt eine Einschätzung der Reputation, welche einerseits aufzeigt, welche Akteure in der Lage sind, das Politikfeld massgeblich zu prägen, und andererseits ein selektives Instrument darstellt, um das Politikfeld weiter einzugrenzen.

Für die Verortung der Koalitionen werden die fünf Massnahmen herangezogen, die «policy core»-Überzeugungen darstellen. Die Vertreterinnen und Vertreter der Organisationen haben sich im Laufe der Interviews zu diesen Überzeugungen positioniert. Diese Antworten werden mittels einer Hauptkomponentenanalyse (PCA) ausgewertet, mit dem Ziel, die Konfliktdimensionen in der Schweizer Strompolitik zu identifizieren und somit herauszufinden, welche Faktoren die Strompolitik massgebend prägen und wie sich die Akteure in den Positionierungen ebendieser unterscheiden bzw. gleichen. Die «policy core»-Überzeugungen der Akteure, die nicht für ein Interview zur Verfügung stehen, werden anhand ihrer Vernehmlassungsantworten oder anderer offizieller Äusserungen eingeschätzt. Für die Auswertung der Zusammenarbeitsbeziehungen zwischen den Akteuren sowie derer Reputation wird auf Methoden der sozialen Netzwerkanalyse zurückgegriffen.

5 Die wichtigsten Geschäfte der letzten zehn Jahre

Im folgenden Kapitel werden die relevantesten Geschäfte präsentiert, die in den letzten zehn Jahren im Rahmen der Schweizer Strompolitik angestossen wurden. Dabei gilt der Fokus den Massnahmen, die besonders kontrovers diskutiert werden und für die Strompolitik besonders relevant sind. Hierbei sind die drei weitaus umfangreichsten Geschäfte die Energiestrategie 2050, die Revision des Stromversorgungsgesetzes, welche Teil der Energiestrategie 2050 ist, hier aber aufgrund ihrer hohen Relevanz für die Strompolitik separat betrachtet wird, und die Totalrevision des CO₂-Gesetzes.

5.1 Energiestrategie 2050

Die Energiestrategie kann aufgrund ihres grossen inhaltlichen sowie zeitlichen Umfangs als eindeutig wichtigstes Geschäft der vergangenen zehn Jahre im Bereich der Schweizer Strompolitik bezeichnet werden. Ausschlaggebend für ihre Entstehung war die Nuklearkatastrophe in Fukushima 2011. Nach einer eingehenden Sicherheitsüberprüfung der Schweizer Kernkraftwerke durch das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat (ENSI) beschloss der Bundesrat im Mai 2011, einen schrittweisen Kernenergieausstieg anzuordnen. Um die Energiesicherheit langfristig zu gewährleisten wird mit der Energiestrategie 2050 ein schrittweiser Umbau des Schweizer Energiesystems angestrebt. Kernbestandteile einer solchen Reformierung sind die Steigerung der Energieeffizienz, der Ausbau erneuerbarer Energien, sowie eine Reduktion der energiebedingten CO₂-Emissionen (BFE 2018a). Aufgrund der Breite an behandelten Themen und der hohen Relevanz stösst die Energiestrategie auf grosses allgemeines Interesse. An der Vernehmlassung zum ersten Massnahmenpaket der Energiestrategie 2050 nahmen 459 Akteure aus verschiedenen Sektoren der Schweizer Politik und Wirtschaft teil. Zahlreiche vorgeschlagene Massnahmen wurden unter den Teilnehmenden kontrovers diskutiert. Die Debatte zeigt auf, welche Akteure sich mit welcher Intensität in der Schweizer Strompolitik äusserten und welche Streitigkeiten sie führten. Verschiedene Massnahmen in den Bereichen Energieeffizienz und erneuerbare Energien sind relevant für die Strompolitik (BFE 2018b). Diese werden im Folgenden genauer umschrieben. An dieser Stelle gilt es zu erwähnen, dass die Massnahmen zum Zeitpunkt der Vernehmlassung noch nicht beschlossen, sondern erst diskutiert werden. Es handelt sich in diesem Sinne um Vorschläge für Massnahmen, die ergriffen werden könnten, sowie um Alternativen dazu (BFE 2018b).

Massnahmen im Bereich Energieeffizienz

Gemäss Vernehmlassungsbericht werden die Massnahmen im Bereich der Energieeffizienz grundsätzlich als zielführend angesehen. Vor allem im Bereich der Gebäudetechnik sind sich die verschiedenen Akteure insofern einig, dass ein grosses Potenzial vorhanden ist. Dementsprechend äussern sich die Teilnehmenden grösstenteils positiv zu finanziellen Anreizen, haben jedoch unterschiedliche Auffassungen, wie eine optimale Umsetzung aussehen soll. Ein grosser Streitpunkt des Massnahmenpakets zur Steigerung der Energieeffizienz sind die vorgeschlagenen Zielvereinbarungsprozesse, welche gleichzeitig eine Befreiung der CO₂-Abgabe und eine Rückerstattung des Netzzuschlages voraussehen. Vor allem die Höhe der Rückerstattung, sowie die Bedingungen einer CO₂-Steuerbefreiung sind umstritten (UVEK 2013). Diese und weitere Massnahmen werden in Tabelle 1 dargestellt und kurz erläutert.

Tabelle 1: kontroverse und themenrelevante Massnahmen im Bereich Energieeffizienz

Massnahme	Inhalt	Zustimmung/ Ablehnung
Verstärkung des Gebäudeprogrammes	Förderbeiträge (Subventionen) durch Erhöhung der Gesamtmittel von Bund und Kantonen (plus 1/3)	Generelle Zustimmung, konkrete Umsetzung kontrovers (finanzielle Anreize und Kompetenz umstritten)
Steuerliche Massnahmen im Gebäudebereich	Zusätzliche Steuerabzugsmöglichkeit im Gebäudebereich	Umstritten: Dauer der Abzugsmöglichkeit, Mindeststandard für Steuervorteil
Industrie und Dienstleistungen	Ausbau wettbewerbliche Ausschreibungen, um Effizienzpotentiale auszuschöpfen, sowie Zielvereinbarungsprozesse mit Befreiung von CO ₂ -Abgaben & Rückerstattung des Netzzuschlags	Grundsätzliche Zustimmung. Zielvereinbarungsprozesse umstritten: Befreiung der Elektrizitätsverbraucher von mehr als 0.5GWh, Höhe der Rückerstattung
Energieversorgungsunternehmen	Instrumente zur Stromeffizienzförderung, Zielvorgaben der Effizienzsteigerung beim Elektrizitätsverbrauch für die Lieferung der Elektrizität (weisse Zertifikate (= Zertifikate von Nachweis für Energieeffizienzmassnahmen)), Transparenzvorschriften	Grundsätzliche Zustimmung der Stromeffizienzförderung, mehrheitliche Ablehnung der weissen Zertifikate, mehrheitlich positive Äusserungen gegenüber Transparenzvorschriften

Massnahmen im Bereich erneuerbarer Energien

Im Bereich der erneuerbaren Energien wird vor allem das Einspeisevergütungssystem kontrovers diskutiert. Sechs der neun für diesen Bericht relevanten Massnahmen beziehen sich auf das Einspeisevergütungssystem, welches zum Ziel hat, die erneuerbaren Energieerzeugnisse in der Schweiz effizienter und marktwirtschaftlicher zu gestalten. Im Rahmen der Energiestrategie 2050 wird nun diskutiert, ob der KEV-Kostendeckel entfernt werden soll und stattdessen z.B. die finanziellen Mittel zur Förderung von Photovoltaikanlagen (PV-Anlagen) begrenzt werden sollen. Auch wird eine Einmalvergütung für PV-Anlagen als Alternative zur KEV gehandelt. Des Weiteren werden der Ausschluss diverser Technologien aus der KEV sowie die Einführung einer Eigenverbrauchsregelung und ein KEV-Vollzug diskutiert. Neben den sich auf die KEV beziehenden Massnahmen äusserten sich die Akteure zusätzlich zur Einführung einer gemeinsamen Planung von Bund und Kantonen für den Ausbau erneuerbarer Energien, zur Verankerung des nationalen Interesses für Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien sowie zur Förderung der Wärme-Kraft-Kopplung (UVEK 2013). Alle erwähnten Massnahmen werden in der folgenden Tabelle 2 dargestellt und erklärt.

Tabelle 2: kontroverse und themenrelevante Massnahmen im Bereich erneuerbare Energien

Massnahme	Inhalt	Zustimmung/Ablehnung
Entfernung des KEV-Kostendeckels	Entfernung des Gesamtdeckels sowie Teildeckels für die Finanzierung der Vergütungen	Umstritten, da unklare Finanzierung und Befürchten einer Kostenexplosion, Mehrheit stimmt aber zu
Kontingentierung und Richtziele PV (mögliche Alternative zum KEV-Kostendeckel)	Begrenzung der finanziellen Mittel zur Förderung von PV-Anlagen mittels Kontingentierung anstatt Gesamt- und Teildeckel	Umstritten, Hauptkritikpunkt ist der Richtwert für den Zubau
Einmalvergütung für PV-Anlagen (mögliche Alternative zu KEV)	Förderung mittels Investitionshilfen anstatt Einspeisevergütung für PV-Anlagen mit einer Leistung < 10kW	Mehrheitliche Zustimmung
Ausschluss diverser Technologien aus der KEV	Ausschluss bspw. von KVA oder ARA oder fossilen Energieträgern aus der KEV	Mehrheitliche Ablehnung (Teilnehmende beziehen sich v.a. auf KVA und ARA)
Eigenverbrauchsregelung	Anlagebetreiber dürfen mit ihrem Netzbetreiber so abrechnen, dass nicht der gesamte produzierte Strom ins Netz eingespeist wird, sondern nur die Elektrizität, die nicht am Ort der Produktion verbraucht wird.	Mehrheitliche Zustimmung (mit der Einschränkung, dass die Netzkosten gedeckt bleiben)

KEV-Vollzug	Vollzug des Einspeisevergütungssystems und Übertragung der neuen Aufgaben an eine Tochterfirma der nationalen Netzgesellschaft	Umstritten, vor allem bezüglich der Verfügungskompetenz, welche die nationale Netzgesellschaft erhalten würde (Befürchtungen eines Interessenkonflikts)
Gemeinsame Planung (Bund + Kantone) für den Ausbau erneuerbarer Energien	Einführung einer gemeinsamen Planung sowie Ausarbeitung eines gesamtschweizerischen Ausbaupotentialplans für den Ausbau von erneuerbaren Energien	Umstritten, mehrheitliche Ablehnung unter den Kantonen
Verankerung des nationalen Interesses für Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien	Verankerung des nationalen Interesses für Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien ab einer bestimmten Grösse	Mehrheitliche Zustimmung, (unter der Bedingung, dass das nationale Interesse ausschliesslich grosse Anlagen umfasst und wenn die Interessen des Natur- und Heimatschutzes einen gleichwertigen Schutz geniessen)
Förderung Wärme-Kraft-Kopplung	Einführung einer Verpflichtung zur Kompensation sämtlicher verursachter Emissionen, unter gleichzeitiger Befreiung der CO ₂ -Abgabe für Anlagen, die am WKK-Vergütungssystem teilnehmen	Mehrheitliche Ablehnung

5.2 Revision Stromversorgungsgesetz StromVG

Im Zuge der Energiestrategie wurde das Stromversorgungsgesetz (StromVG) zwei Revisionen unterzogen. Der Um- und Ausbau der Stromnetze, auch «Strategie Stromnetze» genannt, bildet dabei die erste Etappe und betrifft neben dem StromVG auch das Elektrizitätsgesetz (EleG). Der Bundesrat beschloss im Mai 2012, die Rahmenbedingungen und Voraussetzungen für die Optimierung und Entwicklung der schweizerischen Stromnetze zu verbessern (siehe Tabelle 3). Die Vorlage wurde nötig, um bereits bestehende Engpässe im Übertragungsnetz zu beheben, welche sich in Zukunft ohnehin zu verschärfen drohen. Ausserdem sollen damit Anpassungen an die zunehmend dezentralisierte Energieversorgung ermöglicht werden. Die Strategie sieht vier Kernpunkte vor: Erstens wurde ein energiewirtschaftlicher Szenariorahmen erarbeitet, mit welchem die Entwicklung und Optimierung strukturiert wird. Zweitens wurden Bewilligungsverfahren für Leitungsprojekte optimiert, um den Prozess zu beschleunigen. Drittens wurden neue Kriterien und Vorgaben für die Entscheidungsfindung «Kabel oder Freileitung» definiert. Viertens wurde die Verbesserung der Kommunikation gegenüber der Öffentlichkeit beschlossen, um die Akzeptanz von Leitungsprojekten zu erhöhen. Der Vernehmlassungsprozess zur Vorlage fand von November 2014 bis März 2015 statt. 134 Akteure beteiligten sich daran. Die in einzelnen Punkten überarbeitete Vorlage wurde schliesslich dem Parlament vorgelegt, welches nach längeren Verhandlungen im Dezember 2017 der Vorlage zustimmte (UVEK 2016).

Tabelle 3: kontroverse und themenrelevante Massnahmen der Strategie Stromnetze (Bundesrat 2016; UVEK 2015)

Massnahme	Inhalt	Zustimmung/Ablehnung
Verbindliche Vorgaben Szenariorahmen	Durch die Festlegung eines Szenariorahmens soll eine verpflichtende, politisch abgestützte Grundlage für die Netzplanung erarbeitet werden. Dies dient der Koordinierung von Akteuren und Ressourcen, sowie der Bündelung von Infrastrukturen.	Mehrheitliche Zustimmung
Mehrjahrespläne	Netzbetreiberinnen von Verteilnetzen hoher Spannung werden verpflichtet, ihre Netzplanung zu dokumentieren und der Prüfung durch die ElCom vorzulegen. Wie in der vorangehenden Massnahme sollen damit die Bedarfsermittlung sowie die Netzplanung optimiert werden.	Mehrheitliche Zustimmung, teilweise Ablehnung durch Elektrizitätswirtschaft
Festlegung Einspeisepunkt	Die Festlegung lokaler Einspeisepunkte betrifft unter anderem Besitzer einer Photovoltaikanlage. Mit der Massnahme wird ein Punkt definiert, an welchem die Zuständigkeit vom Produzenten zum	Zustimmung mit wenigen Ausnahmen

	Netzbetreiber wechselt. Für den Produzenten steigen dabei die Kosten, wenn der Einspeisepunkt weit weg liegt, da er für die Leitungsversorgung bis zu diesem Punkt selbst verantwortlich ist.	
Netzplanung nach NOVA-Prinzip	Mittels der Strategie Stromnetze soll die Versorgungssicherheit gewährleistet werden. Um dies zu erreichen, wird das NOVA-Prinzip (Netz-Optimierung vor Netz-Verstärkung vor Netz-Ausbau) gesetzlich verankert. Das bestehende Netz soll zunächst optimal genutzt werden, sollten dann noch Engpässe bestehen, wird es verstärkt und ausgebaut.	Mehrheitliche Zustimmung, teilweise Ablehnung durch Elektrizitätswirtschaft und SGV
Anrechenbarkeit innovativer Massnahmen	Im Hinblick auf eine dezentrale Energieversorgung sind leistungsfähige intelligente Netze von zentraler Bedeutung. Um Innovationen zu fördern, sieht die Vorlage eine finanzielle Entlastung der Netzbetreiber vor, wenn diese die Entwicklung von «smart grids» vorantreiben.	umstritten

Die zweite Revision des StromVG (volle Strommarktöffnung, Speicherreserve und Modernisierung der Netzregulierung) betrifft die Liberalisierung des Strommarkts (siehe Tabelle 4). Grosskundinnen war es bereits seit 2009 erlaubt, ihren Stromlieferanten frei zu wählen. Dies war zunächst auch für die übrigen Verbrauchenden vorgesehen, jedoch verzögerte sich die Umsetzung. Auch im Hinblick auf ein Stromabkommen mit der EU, welches eine vollständige Liberalisierung des Strommarkts bedingt, arbeitete der Bundesrat eine entsprechende Revision aus. Der darauffolgende Vernehmlassungsprozess lief von Oktober 2018 bis Januar 2019; die Vorschläge des Bundesrats wurden dabei mehrheitlich unterstützt. Deshalb beschloss der Bundesrat im September 2019, an den Plänen festzuhalten (UVEK 2019a). Abgesehen von der Strommarktöffnung sind die meisten Massnahmen, die im Rahmen dieses Geschäfts beschlossen werden sollen, nicht umstritten (UVEK 2019a). Jedoch gilt anzumerken, dass die parlamentarische Phase noch aussteht und möglicherweise zu einer weit kontroverseren Debatte führen wird.

Tabelle 4: kontroverse und themenrelevante Massnahmen der Strommarktliberalisierung (UVEK 2019b)

Massnahme	Inhalt	Zustimmung/Ablehnung
Umsetzung der Energiestrategie 2050	Im neuen Gesetz sollen zusätzliche Massnahmen ergriffen werden, um die Ziele der Energiestrategie 2050 zu unterstützen. Konkretere Vorschläge werden allerdings nicht genannt.	Mehrheitliche Zustimmung
Förderung Grosswasserkraft	Breit diskutiert wurden zusätzliche Investitionsanreize für die Grosswasserkraft. Dabei wurden verschiedenste Strategien vorgeschlagen, welche diese Stromquelle attraktiver gestalten sollen. Die Ideen gehen von einer Weiterentwicklung der Marktprämie über die Einführung einer Lenkungsabgabe bis hin zu wettbewerblichen Ausschreibungen.	Volle Zustimmung, Differenzen bei konkreter Umsetzung
Weitere Massnahmen zur Unterstützung erneuerbarer Energien	Die Weiterführung der kostenorientierten Einspeisevergütung (KEV) wurde ebenso thematisiert wie eine Weiterentwicklung des Systems der Herkunftsnachweise. Auch eine Neuauflage des Klima- und Energielenkungssystems wurde vorgeschlagen.	Grossmehrheitliche Zustimmung; Konfliktpunkt: fördernde oder lenkende Massnahmen
Öffnung des Strommarktes gegenüber der Europäischen Union	Als positiver Aspekt wird ins Feld geführt, die erneuerbaren Energien könnten in einen offenen Markt besser integriert werden. Von der anderen Seite kommt der Einwand, heimische, erneuerbare Technologien erhielten einen Wettbewerbsnachteil und somit würde mehr CO ₂ -lastiger Strom importiert.	Kontroverse Debatte

5.3 Totalrevision des CO₂-Gesetzes

Im Rahmen der Vernehmlassung über die Klimapolitik nach 2020 wird eine Totalrevision des CO₂-Gesetzes behandelt, welche auch relevante Massnahmen zur Strompolitik beinhaltet – insbesondere die Förderung von erneuerbaren Energieträgern (Bundesrat 2018). Der Ergebnisbericht zur Vernehmlassung im Herbst 2016 wurde im Dezember 2017 veröffentlicht und enthält gleich drei zusammenhängende Geschäfte (BFE 2017). Im ersten Geschäft geht es um die Ratifizierung des Klimaabkommens von Paris, im zweiten um das Emissionshandelssystem mit der Europäischen Union. Das zwecks dieser Analyse relevante dritte Geschäft behandelt die Revision des CO₂-Gesetzes und tangiert dabei Fördermassnahmen für verschiedene Stromproduzierende. Das Geschäft wurde zunächst an die UREK des Nationalrats zugewiesen und in der Wintersession 2018 im Plenum behandelt. Die dort beschlossenen Änderungen sahen Lockerungen beim Klimaschutz vor und lösten eine nationale Kontroverse aus. Schliesslich scheiterte das neue Gesetz gar in der Schlussabstimmung. Im Herbst 2019 folgte die zweite Lesung im Ständerat, welcher die Ursprungsversion des Bundesrates weitgehend übernahm. Nach den Wahlen 2019 verschoben sich einerseits die Mehrheiten, andererseits sprach sich die FDP nun für einen verstärkten Klimaschutz aus; auf dieser Grundlage entstand im Sommer 2020 in der dritten Lesung ein breit abgestützter Kompromiss, der schliesslich nur von der SVP abgelehnt wurde (Parlamentsdienste 2019). Nebst vielen Massnahmen im Gebäudebereich und beim Verkehr wurden im Rahmen der Vernehmlassung einige Regulierungen des Strommarktes diskutiert (Tabelle 5):

Tabelle 5: kontroverse und themenrelevante Massnahmen der Totalrevision des CO₂-Gesetzes

Massnahme	Inhalt	Zustimmung/Ablehnung
Stromimporte	Stromimporte sollen bei den Zielvorgaben der CO ₂ -Reduktion berücksichtigt werden, wodurch ein grösserer Anteil erneuerbarer Energien im Inland nötig würde	Vereinzelte Zustimmung
Abgabebefreiung von WKK-Anlagen	Die Abgabebefreiung von Wärme-Kraft-Kopplungsanlagen führt zu Diskussionen, da gewisse Akteure befürchten, dies könne fossile Energieträger fördern	Vereinzelte Ablehnung
Lenkungsabgabe	Lenkungsabgabe auf CO ₂ -intensive Stromquellen	Vereinzelte Zustimmung
Herkunftsnachweis	Erstellung eines Systems für den Herkunftsnachweis von Elektrizität	Mehrheitliche Zustimmung
Atomkraft	Verschiedene Massnahmen zur Förderung von Atomkraft (zum Beispiel Power-to-X) oder Gaskraft	Kontroverse Debatte (Nationalrat)

Insgesamt macht die Strompolitik nur einen Bruchteil des neuen CO₂-Gesetzes aus, während das Hauptaugenmerk auf der Klimapolitik allgemein liegt. Aus diesem Grund werden im Vernehmlassungsbericht nur wenige Akteure explizit genannt, die zu diesen spezifischen Massnahmen Stellung genommen haben. Trotzdem handelt es sich um ein aktuelles, kontrovers diskutiertes und damit relevantes Geschäft für den Bereich der Schweizer Strompolitik. Gerade die angestrebte Dekarbonisierung wird den Strombedarf stark erhöhen und dadurch den Strommarkt grundlegend umwandeln; damit verstärkt das CO₂-Gesetz letztlich die Salienz der Debatten im Bereich der Strompolitik.

Diese beschriebenen Geschäfte und ihre für die Strompolitik relevanten Massnahmen werden in einem nächsten Schritt verwendet, um die öffentlich sichtbaren Akteure der Schweizer Strompolitik identifizieren zu können.

6 Die Akteure der Schweizer Strompolitik

In den eben beschriebenen Vernehmlassungsprozessen äusserten sich insgesamt über 500 Akteure. Diese wurden gemäss den in Kapitel 4.1 beschriebenen Kriterien eingegrenzt und vervollständigt. Die vorläufige Liste von 38 Akteuren (Tabelle 16 im Anhang) wurde anschliessend von einem Experten aus der Praxis – Herrn David Stickelberger, Geschäftsleiter von Swissolar – sowie einer Expertin aus der Wissenschaft – Frau Prof. Dr. Karin Ingold, geschäftsführende Direktorin des Instituts für

Politikwissenschaft der Universität Bern – validiert. In diesem Schritt wurden neun Akteure von der Liste gestrichen und 14 hinzugefügt, die bei der vorherigen Analyse entweder nicht berücksichtigt oder aufgrund unserer Kriterien aus der Liste entfernt worden waren. Die endgültige Akteursliste beinhaltet 43 Akteure (siehe Tabelle 6), welche in den letzten zehn Jahren Einfluss in Fragen der Strompolitik ausgeübt haben.

Tabelle 6: Akteure nach Validierungsprozess

Parteien	Stromverbraucher
Schweizerische Volkspartei SVP	Gruppe Grosser Stromkunden GGS
Sozialdemokratische Partei SP	Konsumentenorganisationen (FRC, kf, SKS)
FDP.Die Liberalen	
Grüne Partei der Schweiz GPS	Gebäude
Christlichdemokratische Volkspartei CVP	Hauseigentümerverband HEV
Grünliberale Partei Schweiz GLP	Konferenz der Gebäudetechnik-Verbände KGTV
Bürgerlich-Demokratische Partei BDP	Schweizerischer Mieterinnen- und Mieterverband
Exekutive und Verwaltung	Umwelt- und Landschaftsschutz
Bundesrat	Greenpeace
Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK	Stiftung Landschaftsschutz Schweiz SLS
Bundesamt für Energie BFE	WWF Schweiz
Kommissionen und Konferenzen	Fossile Energieträger
Eidgenössische Elektrizitätskommission ElCom	Swissoil
Berggebiete (SAB, RKGK)	
Wettbewerbskommission WEKO	
Konferenz der Beauftragten für Natur- und Landschaftsschutz KBNL	Kernkraft
Konferenz kantonaler Energiedirektoren EnDK	Nuklearforum
Städteverband	
Gemeindeverband	
Dachverbände der Wirtschaft	Cleantech, Erneuerbare und Energieeffizienz
Economiesuisse	Aee Suisse
Schweizerischer Gewerbeverband SGV	Swisscleantech
Travail.Suisse	Swissolar*
Schweizerischer Gewerkschaftsbund SGB	
Schweizerischer Wasserwirtschaftsverband SWV	
Elektrizitätswirtschaft	Wissenschaft
Alpiq Holding AG	Akademien der Wissenschaften Schweiz
Axpo Holding AG	ETH-Rat
BKW Energie AG	
Dachverband Schweizer Verteilnetzbetreiber DSV	
Elektrizitätswerke der Stadt Zürich EWZ	
Swissgrid AG	
Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen VSE	
Swisspower*	

*Akteure wurden im Verlauf der Interviewbefragungen von zahlreichen Akteuren als relevant bezeichnet und wurden deshalb zu einem späteren Zeitpunkt berücksichtigt und befragt.

6.1 Erläuterungen zu Akteuren und Kategorien

Um einen besseren Überblick über die endgültige Liste der Akteure zu erhalten, werden diese in Kategorien eingeordnet, welche folgend erläutert werden.

Parteien

Parteien sind zentrale Akteure in demokratischen Entscheidungsprozessen. Sie üben Einfluss sowohl in der Vernehmlassung als auch im parlamentarischen Prozess aus. Berücksichtigt werden die Parteien mit eigener Fraktion in der Bundesversammlung (SVP, SP, FDP, GPS, CVP, GLP). Auch die BDP wird berücksichtigt, da auch sie bis 2019 über Fraktionsstärke verfügte. Weitere Kleinparteien äussern sich ebenfalls in den Vernehmlassungen, sind allerdings auf nationaler Ebene zu wenig relevant.

Exekutive und Verwaltung

In diese Kategorie werden der Bundesrat und das Bundesamt für Energie (BFE) aufgenommen. Da sie verantwortlich sind für die Ausarbeitung der Vorlagen, äussern sie sich nicht in den Vernehmlassungen, werden als zuständige Behörden jedoch als relevant eingestuft. Sowohl das BFE als auch sein übergeordnetes Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) werden berücksichtigt.

Kommissionen und Konferenzen

Als zuständige Kommission im Bereich Stromnetze wird die Eidgenössische Elektrizitätskommission (ElCom) berücksichtigt. Als Vertretung der energiepolitischen Anliegen der Kantone fungiert die Konferenz kantonaler Energiedirektoren (EnDK). Die Bergkantone werden durch die Regierungskonferenz der Gebirgskantone (RKGK) zusätzlich repräsentiert. Die RKGK bildet zusammen mit der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB) den Akteur «Berggebiete». Weiter treten die Konferenz der Beauftragten für Natur- und Landschaftsschutz (KBNL) und die Wettbewerbskommission (WEKO) hervor, welche sich in mehreren Vernehmlassungsverfahren geäußert haben. Der Gemeindeverband und der Städteverband werden zusätzlich als übergeordnete Vertreter in die Akteursliste einbezogen.

Dachverbände der Wirtschaft

Die Akteure dieser Kategorie vertreten einen grossen Teil der Schweizer Wirtschaft. Nahezu alle weiteren ursprünglichen Akteure sind in einem dieser Dachverbände organisiert. Für die Seite der Arbeitgeberinnen und -geber werden die Economiesuisse und der Schweizerische Gewerbeverband (SGV) ausgewählt, für die Arbeitnehmerinnen und -nehmer der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) und Travail.Suisse. Ebenfalls wird der Schweizerische Wasserwirtschaftsverband (SWV) berücksichtigt, welcher sich zu mehreren Vorlagen äussert.

Elektrizitätswirtschaft

Die Schweizer Stromproduzenten und Netzbetreiber sind zu grossen Teilen im Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE) organisiert. Der VSE ist ein Branchenverband, der seinerseits mehrere Dachverbände vereinigt, welche sich in den Vernehmlassungen ebenfalls äussern. Auch der Dachverband Schweizer Verteilnetzbetreiber (DSV) nimmt eine wichtige Rolle ein. Hinzu kommen die grossen Unternehmen Alpiq, Axpo, BKW und EWZ, die zwar Mitglieder des VSE sind, aber auch alleine gewichtigen Einfluss ausüben können. Auch Swissgrid als zentraler Akteur bei der Netzregulierung fällt in diese Kategorie. Weiter wird Swisspower in diese Kategorie aufgenommen, nachdem die Organisation von mehreren Befragten erwähnt wurde.

Stromverbraucher

In dieser Kategorie sind einerseits die Gruppe Grosser Stromkunden (GGS) und andererseits die Konsumentenorganisationen als gemeinsamer Akteur, bestehend aus der Fédération romande des consommateurs (FRC), dem Konsumentenforum (kf) und der Stiftung für Konsumentenschutz (SKS), aufgeführt.

Gebäude

Stellvertretend für weitere Akteure im Bereich Gebäudetechnik und Eigentümer werden die Konferenz der Gebäudetechnik-Verbände (KGTV) und der Hauseigentümerverband (HEV) berücksichtigt. Als Gegengewicht zum HEV wird ausserdem der Schweizerische Mieterinnen- und Mieterverband (SMV) aufgenommen.

Umwelt- und Landschaftsschutz

Mehrere Akteure aus dem Bereich Umwelt- und Landschaftsschutz sind in der Stiftung Landschaftsschutz Schweiz (SLS) vertreten. Als bekannteste Vertreter der Umweltallianz, einem weiteren grossen Dachverband, werden der WWF und Greenpeace als deren wichtigste Mitglieder berücksichtigt.

Fossile Energien

Als einziger Vertreter von fossilen Energieträgern, der für die Schweizer Strompolitik von grosser Relevanz ist, vertritt Swissoil als Dachverband der Brennstoffhändler die Interessen der Erdölbranche.

Kernkraft

Das Nuklearforum hat sich zwar in den berücksichtigten Vernehmlassungen nicht geäussert, stellt aber eine der wichtigsten Organisationen dar, welche die Interessen der Atomenergie in die Schweizer Strompolitik einbringt. Der Verein umfasst eine grosse Anzahl Mitglieder, welche sowohl Kernkraftwerkbetreiber als auch weitere Branchen und Organisationen umfasst (Nuklearforum 2018).

Cleantech, Erneuerbare und Energieeffizienz

Diese Kategorie umfasst die Dachorganisation der Wirtschaft für erneuerbare Energien und Energieeffizienz (Aee Suisse) als übergeordnete Vertreterin weiterer Akteure, die in mehreren Vernehmlassungen Stellung nehmen. Hinzu kommt Swisscleantech, ein Wirtschaftsverband, der sich für eine klimataugliche Wirtschaft einsetzt. Weiter wird Swissolar in diese Kategorie aufgenommen, nachdem die Organisation von mehreren Befragten erwähnt wurde.

Wissenschaft

Neben den «Akademien der Wissenschaften Schweiz» haben sich mehrere weitere Akteure aus der Wissenschaft geäussert. Diese sind allesamt Mitglieder des ETH-Rats und verweisen in ihren Stellungnahmen teilweise auf selbigen, weshalb dieser als Akteur aufgeführt wird.

7 Advocacy-Koalitionen in der Schweizer Strompolitik

Welche Akteure sind nun tatsächlich relevant in der Schweizer Strompolitik? Dieses Kapitel zeigt auf, welche der vorgängig identifizierten Akteure als besonders wichtig eingeschätzt werden, wie sie sich positionieren und welche Advocacy-Koalitionen sie bilden. Dabei stützt sich diese Analyse auf die Ergebnisse aus den 25 durchgeführten Interviewbefragungen und den sieben schriftlichen Antworten auf den Fragebogen. Dafür wird zuerst anhand der quantitativen Auswertung des Fragebogens die Reputation der Akteure berechnet, anschliessend werden ihre Überzeugungen im Strompolitikfeld mithilfe einer Hauptkomponentenanalyse positioniert, bevor ihre Zusammenarbeit untereinander dargestellt wird. Abschliessend wird in diesem Kapitel die qualitative Auswertung der Interviews beschrieben und feststellbare Trends und Zukunftsperspektiven diskutiert.

7.1 Reputation der Akteure

Um die Wichtigkeit der einzelnen Akteure darzustellen sind in Tabelle 7 die berechneten Reputationswerte der Akteure aufgelistet, die einen durchschnittlichen Wert von 1.00 («weniger einflussreich») erreichen oder übersteigen (die vollständige Liste mit allen ist im Anhang in Tabelle 15 zu finden). Insgesamt sind dies 37 Akteure aus verschiedenen Bereichen (ohne Kollektivakteure). Je höher der Wert (maximal 3.00 = «sehr einflussreich»), desto grösser wird der Einfluss des Akteurs eingeschätzt. Wenig überraschend stehen das UVEK und das BFE an der Spitze. Wie der Bundesrat werden sie überdurchschnittlich oft als «sehr einflussreich» bezeichnet - die höchst mögliche Kategorie. Auf den vorderen Rängen sind auffällig oft Akteure des Bundes und der Kantone vertreten (UVEK, BFE, BR, EnDK), sowie die politisch unparteiischen Akteure (Swissgrid, ElCom). Die Parteien üben unterschiedlich grossen Einfluss aus: SP, CVP und FDP gehören zu den Spitzenreitern, auch die Grünen erreichen einen Wert nahe 2.00 (einflussreich). Ebenfalls einflussreich sind die Vertreter der Elektrizitätswirtschaft (VSE, BKW, Axpo, Alpiq). Genauso schaffen es gleich drei Mitglieder der Umweltallianz auf einen Wert über 1.00.

Tabelle 7: Reputation der Akteure in der Schweizer Strompolitik der letzten 10 Jahre (Reputation \geq 1.00)

ID	Akteur	Reputation
UVEK	Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation	2.774
UVEKBFE*	UVEK / BFE	2.774
BR	Bundesrat	2.613
BFE	Bundesamt für Energie	2.548
ENDK	Konferenz kantonalen Energiedirektoren	2.226
VSE	Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen	2.194
SP	Sozialdemokratische Partei	2.129
CVP	Christlichdemokratische Volkspartei	2.097
BKW	BKW Energie AG	2.097
SGRID	Swissgrid AG	2.097
FDP	FDP.Die Liberalen	2.065
AXPO	Axpo Holding AG	2.065
WWF	WWF Schweiz	2.000
UALL*	Umweltallianz	2.000
ALPI	Alpiq Holding AG	1.968
GPS	Grüne Partei der Schweiz	1.935
ELCOM	Eidgenössische Elektrizitätskommission	1.935
SWV	Schweizerischer Wasserwirtschaftsverband	1.935
SES	Schweizerische Energiestiftung	1.786
ES	Economiesuisse	1.774
GLP	Grünliberale Partei	1.710
AEE	Aee Suisse	1.710
SVP	Schweizerische Volkspartei	1.677
RKGK	Berggebiete	1.677
GPEAC	Greenpeace Schweiz	1.677

SCLEA	Swisscleantech	1.581
DSV	Dachverband Schweizer Verteilnetzbetreiber	1.484
GGG	Gruppe Grosser Stromkunden	1.419
SGV	Schweizerischer Gewerbeverband	1.387
SLS	Stiftung Landschaftsschutz Schweiz	1.387
SV	Städteverband	1.323
EWZ	Elektrizitätswerke der Stadt Zürich	1.323
SSOL	Swissolar	1.259
HEV	Hauseigentümerverband	1.161
BDP	Bürgerlich-Demokratische Partei	1.129
AKAD	Akademien der Wissenschaften Schweiz	1.097
KONS	Konsumentenorganisationen	1.065
NUKL	Nuklearforum	1.032
SGB	Schweizerischer Gewerkschaftsbund	1.000

**Die Werte für die kollektiven Akteure UVEK/BFE und UALL wurden aus den jeweils höchsten Werten ihrer Mitglieder ermittelt.*

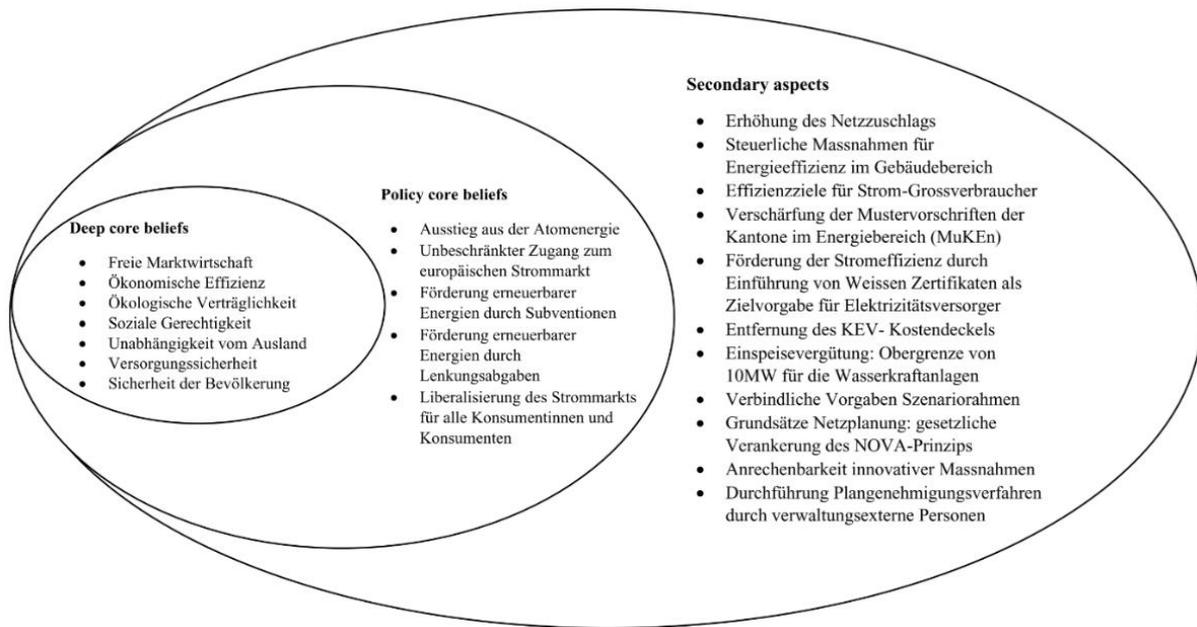
7.2 Positionierungen der Akteure anhand ihrer «policy core beliefs»

Nachdem die einflussreichsten Akteure identifiziert wurden, stellt sich die Frage, wie sich diese positionieren. Zu diesem Zweck muss zunächst bestimmt werden, welche Massnahmen die «policy core beliefs» und somit die zentralen Auseinandersetzungen in der Strompolitik der letzten zehn Jahre darstellen. Dabei handelt es sich um folgende fünf Massnahmen:

- *Ausstieg aus der Atomenergie*
- *Unbeschränkter Zugang zum europäischen Strommarkt*
- *Förderung erneuerbarer Energien durch Subventionen*
- *Förderung erneuerbarer Energien durch Lenkungsabgaben*
- *Liberalisierung des Strommarkts für alle Konsumentinnen und Konsumenten*

Die restlichen Überzeugungen können in sieben «deep core»-Überzeugungen und elf «secondary aspects» eingeteilt werden. Abbildung 2 gibt einen Überblick über die Massnahmen und Werte der «belief systems». Für die Hauptkomponentenanalyse werden allerdings nur die «policy cores» verwendet. Zwar enthalten «deep cores» und «secondary aspects» weitere wichtige Informationen zur Positionierung der Akteure, allerdings beziehen sich diese auf übergreifende oder Teilaspekte des Politikfelds (vgl. Kapitel 3.1). Die «policy cores» reflektieren hingegen die wichtigsten Überzeugungen spezifisch in der Strompolitik und sind somit geeignet, die zentralen Konflikte im Politikfeld aufzuzeigen.

Abbildung 2: Überblick Massnahmen und Werte der «belief systems»



Die Hauptkomponentenanalyse (PCA) identifizierte einen primären Konflikt in der Schweizer Strompolitik.¹ Auf der einen Seite des Spektrums stehen liberalisierende und inkludierende Massnahmen, welche tendenziell mit Wirtschaftsliberalismus und freiem Markt assoziiert werden. Auf der anderen Seite (positive Werte) sind Massnahmen vertreten, welche mit neuen, ökologischen und erneuerbaren Energieträgern verbunden werden. Weiter schwingt in dieser Konfliktdimension noch die Frage mit, durch welche Energieträger die Stromversorgung sichergestellt werden, bzw. wie deren Wandel vonstattgehen soll (siehe Förderungsmassnahmen für erneuerbare Energien und Ausstieg Atomenergie). Auf der wirtschaftsliberalen Seite ist eher die Technologieneutralität auszumachen; die Stromversorgung und deren Wandel sollen primär durch den freien Markt bestimmt werden. Auf der ökologischen Seite hingegen sollen die Förderung bzw. Nicht-Förderung bestimmter Energieträger im Zentrum stehen. Zusammengefasst und vereinfacht lässt sich der Hauptkonflikt also als Wirtschaftsliberalismus versus Ökologie bezeichnen.

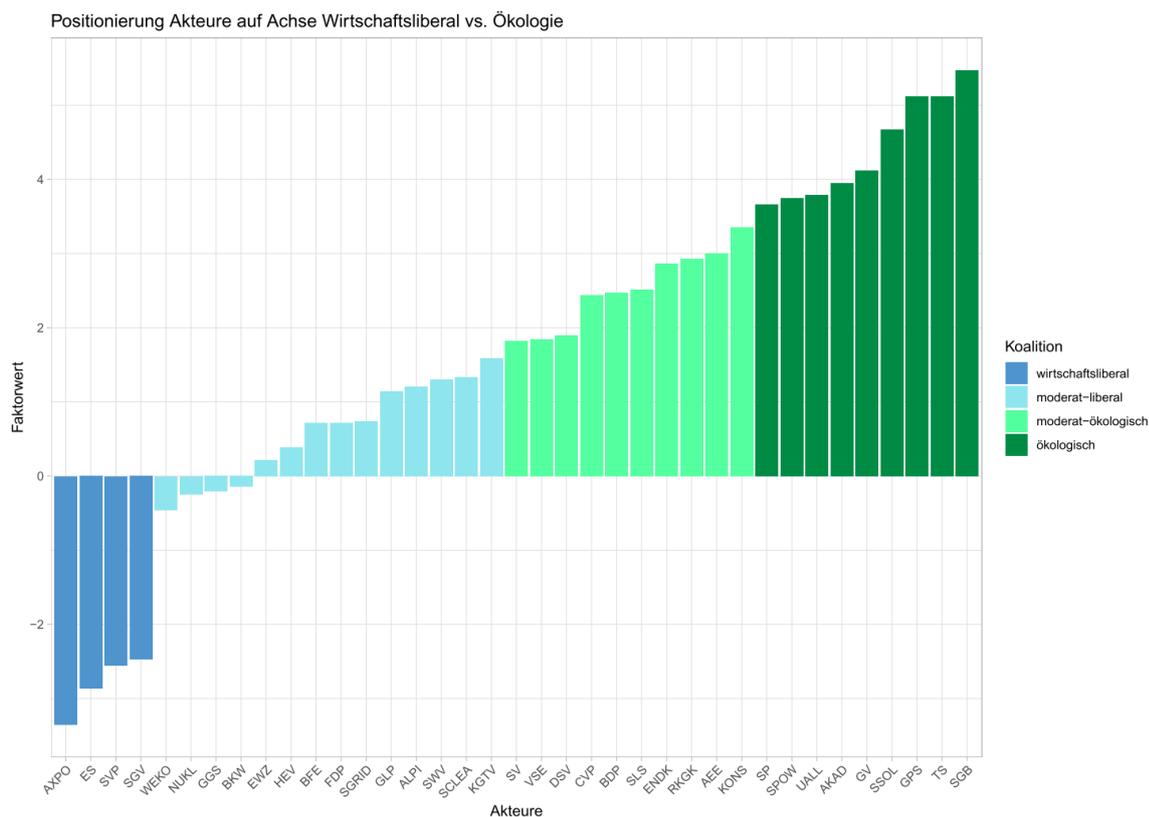
Wie positionieren sich die Akteure in der Schweizer Strompolitik nun auf dieser Konfliktachse? Das Ergebnis der Faktorenanalyse ist in Abbildung 3 dargestellt.² Es lassen sich zwei grosse Koalitionen feststellen (wirtschaftsliberal und ökologisch), welche wiederum in eine extremere und eine moderatere Fraktion aufgeteilt werden, um der teilweise grossen Heterogenität innerhalb der Koalitionen Rechnung zu tragen. Die Grenze für die Teilung der Koalitionen wurde bei der ElCom gesetzt. Als unparteiische, ausführende Kommission positionierte sie sich bei keiner dieser Massnahmen, weshalb in der Analyse der Mittelwert angenommen wurde. Die wirtschaftsliberale Koalition fällt zahlenmässig klein aus und beinhaltet mit der Axpo eine Vertreterin der Elektrizitätswirtschaft, mit Economiesuisse und Gewerbeverband zwei Wirtschaftsverbände, sowie mit der SVP einen parteipolitischen Akteur. In der

¹ In Tabelle 8 im Anhang sind die entsprechenden Komponentenladungen der policy-core-Massnahmen aufgelistet. Tatsächlich kann eingewendet werden, dass diese fünf Massnahmen den Konflikt nur vereinfacht darstellen. Die folgende Positionierung der Akteure auf der Konfliktachse zeigt auf, dass einzelne Akteure unter Umständen nicht unbedingt dort auftauchen, wo man sie erwarten würde (z.B. Swissecleantech). Dies passiert, wenn unter Umständen nur eine Frage etwas anders beantwortet wird, sei es aufgrund ihrer unterschiedlichen Auffassung oder Interpretation. Erfahrungsgemäss und im Hinblick auf andere Politikfelder scheinen die Positionierungen und Koalitionen im Grossen und Ganzen jedoch stimmig.

² Die absoluten Werte lassen sich nur bedingt interpretieren, da sie abhängig sind von der Art, wie die Fragen gestellt und codiert wurden. Die Relationen sind hingegen aufschlussreich. Liegen die Werte weit auseinander, ist dementsprechend auch ein grosser Unterschied bezüglich der Positionierung vorhanden.

moderat-liberalen Koalition ist eine Vielzahl unterschiedlicher Akteure vertreten. Das Spektrum reicht von Parteien (FDP, GLP) und Verbänden (SWV, KGTV, HEV) über Bundesakteure (BFE, Swissgrid, WEKO) bis hin zu Stromproduzentinnen (BKW, EWZ, Alpiq) und Stromverbrauchern (GGS). Ein ähnlich durchmischtes Bild ergibt sich in der moderat-ökologischen Koalition. Wiederum sind Parteien (CVP, BDP) und Verbände (SV) vertreten, Gleiches gilt für die Elektrizitätsbranche (VSE, DSV). Ebenfalls moderat-ökologisch positionieren sich die AEE und die Kantonsvertretungen (EnDK und RKGK). In der ökologischen Koalition finden sich schliesslich die linken Parteien (SP, Grüne) und die Gewerkschaften, sowie die in dieser Koalition erwarteten Umweltorganisationen. Wie in allen Koalitionen tritt auch hier die Elektrizitätsbranche mit Swisspower auf, ebenso mit Swissolar ein weiterer Vertreter der Cleantechbranche.

Abbildung 3: Positionierung der Akteure auf Konfliktdimension Wirtschaftsliberal vs. Ökologie



7.3 Die «policy belief systems» der Koalitionen

Ein Blick auf die Positionen der einzelnen Akteure in den einzelnen Massnahmen («secondary aspects») zeigt, dass es erhebliche Unterschiede zwischen den Koalitionen gibt (Tabelle 8): So wird die Erhöhung des Netzzuschlages im Rahmen der Energiestrategie 2050 eher von den ökologischen Kräften begrüsst, während wirtschaftsliberale Akteure diese klar ablehnen. Auch bei der Verschärfung der «Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich» (MuKE) zeigt sich ein ähnliches Bild; wie beim Netzzuschlag grenzt sich dabei die wirtschaftsliberale Koalition deutlich vom Rest der Akteure ab. Ähnlich positionieren sich die Koalitionen bei der Einführung von Weissen Zertifikaten, wie sie im Rahmen der ES2050 diskutiert, jedoch schliesslich nicht beschlossen wurde.

Bei den restlichen Massnahmen ergibt sich eine weniger klare Konstellation, jedoch lassen sich weitere Tendenzen feststellen: Konkret lehnt die wirtschaftsliberale Koalition im Rahmen der Strategie Stromnetze sowohl verbindliche Vorgaben beim Szenariorahmen als auch die Anrechenbarkeit innovativer Massnahmen ab. Bei den anderen Koalitionen bestehen allerdings kaum Differenzen und sie stimmen beiden Massnahmen deutlich zu. Im Zusammenhang mit der «Kostendeckenden Einspeisevergütung» (KEV) ist nur die moderat-liberale Gruppe klar gegen eine Entfremdung des

Kostendeckels und gleichzeitig die ökologische Koalition unverkennbar dafür.³ In diesem Fall positionieren sich die Akteure also nicht gemäss dem zuvor identifizierten Hauptkonflikt von Ökologie versus Wirtschaftsliberalismus. Bei der Durchführung der Plangenehmigungsverfahren durch verwaltungsexterne Personen scheint gar eine unheilige Allianz zwischen den beiden Polkoalitionen zu bestehen, die eine Privatisierung eher ablehnen, während die moderaten Akteure diese Massnahme eher befürworten. Bei vier weiteren Massnahmen unterscheiden sich die Meinungen der Koalitionen kaum voneinander.

Tabelle 8: Mittelwerte der Positionierung bezüglich einzelner Massnahmen («secondary aspects») nach Koalitionen

Massnahme	wirtschaftsliberal	moderat-liberal	moderat-ökologisch	ökologisch
Erhöhung des Netzzuschlags	0.000	1.400	1.857	2.125
Steuerliche Massnahmen für Energieeffizienz im Gebäudebereich	2.500	2.286	2.500	2.111
Effizienzziele für Strom-Grossverbraucher	2.000	2.500	2.125	2.222
Verschärfung der MuKE	1.000	2.000	2.167	2.889
Förderung der Stromeffizienz durch Einführung von Weissen Zertifikaten	0.250	1.400	1.750	2.125
Entfernung des KEV- Kostendeckels	1.667	0.778	1.750	2.333
Einspeisevergütung: Obergrenze von 10MW für die Wasserkraftanlagen	1.500	1.667	1.500	1.625
Verbindliche Vorgaben Szenariorahmen	0.667	2.333	2.143	2.600
Grundsätze Netzplanung: gesetzliche Verankerung des NOVA-Prinzips	2.333	2.750	2.571	2.857
Anrechenbarkeit innovativer Massnahmen	1.000	2.700	2.286	2.571
Durchführung Plangenehmigungsverfahren durch verwaltungsexterne Personen	1.000	2.143	2.000	1.000

Mittelwerte von 0 (volle Ablehnung) bis 3 (volle Zustimmung). Werte, die sich abheben sind grau hinterlegt; Massnahmen, an welchen die Koalitionsstruktur sichtbar wird, sind farbig markiert.

Von den «deep core»-Überzeugungen erfahren die ökonomische Effizienz und die Versorgungssicherheit am meisten Zuspruch über alle Koalitionen hinweg (Tabelle 9). Die freie Marktwirtschaft wird von der wirtschaftsliberalen Seite stärker gewichtet, die soziale Gerechtigkeit und die ökologische Verträglichkeit von den ökologischen Kräften. Tatsächlich wird die ökologische Verträglichkeit nur von einem Akteur der ökologischen Koalition nicht als eine der drei wichtigsten Werthaltungen eingestuft. Die Unabhängigkeit vom Ausland und die Sicherheit der Bevölkerung wurden nur von vereinzelt Akteuren genannt und lassen sich deshalb nicht einordnen. Allerdings wird die Sicherheit der Bevölkerung vor allem von Akteuren der ökologischen Koalition als zentral bewertet.

³ Entgegen unserer Erwartungen scheint die wirtschaftsliberale Koalition unentschlossen zu sein. Eigentlich würde bei der Entfernung des Kostendeckels eine Ablehnung erwartet. Wie Tabelle 10 zeigt, ist dies auf die grosse Heterogenität innerhalb der Koalition zurückzuführen. Einzelne Akteure sind demnach für die Abschaffung des Kostendeckels, andere dagegen.

Tabelle 9: Mittelwerte der Positionierung bezüglich «deep cores» nach Koalitionen

Massnahme	wirtschaftsliberal	moderat-liberal	moderat-ökologisch	ökologisch
Freie Marktwirtschaft	1.000	0.615	0.200	0.000
Ökonomische Effizienz	0.667	0.615	0.800	0.500
Ökologische Verträglichkeit	0.000	0.692	1.000	0.875
Soziale Gerechtigkeit	0.000	0.077	0.400	0.625
Unabhängigkeit vom Ausland	0.000	0.154	0.000	0.125
Versorgungssicherheit	1.000	0.769	1.000	0.750
Sicherheit der Bevölkerung	0.000	0.154	0.000	0.375

Anteile der Koalitionen, die einen bestimmten «deep core» teilen. Werte über 0.5 sind grau hinterlegt.

Die Resultate lassen sich so zusammenfassen, dass die freie Marktwirtschaft eine charakteristische «deep core»-Überzeugung der beiden wirtschaftsliberalen Koalitionen darstellt, auf der ihre tendenziell wirtschaftsliberale Positionierung bezüglich der identifizierten «policy cores» gründet. Bei den beiden ökologischen Koalitionen dominieren hingegen ökologische Verträglichkeit und soziale Gerechtigkeit ihren «deep core», weshalb sie sich bei konkreten Massnahmen eher ökologisch positionieren. Der Hauptkonflikt zwischen den Koalitionen gründet also auf dieser fundamental unterschiedlichen Zielsetzung bei der Ausarbeitung der Strompolitik. Allerdings können ökologische Verträglichkeit und soziale Gerechtigkeit teilweise im Konflikt stehen. Die Akteure der ökologischen Koalition priorisieren nicht zwingend dieselbe der beiden «deep core»-Überzeugungen. Dies könnte u.a. ein Grund für die hohe Heterogenität innerhalb der ökologischen Koalition sein.

Wirft man einen Blick auf die «policy core beliefs» und die «secondary aspects», finden sich effektiv Unterschiede nicht nur zwischen sondern auch innerhalb der Koalitionen. Ein erneuter Blick auf Abbildung 3 zeigt, dass die beiden moderaten und die ökologische Koalition eine relativ grosse Spannbreite aufweisen.⁴ Vergleicht man die Positionierungen zu den «policy core beliefs» und den «secondary aspects» innerhalb der Koalitionen, bestätigt sich dieses Bild (Tabelle 10). Die drei Koalitionen weisen eine relativ grosse Heterogenität in den «policy core beliefs» auf. In den ökologischen Koalitionen sind besonders der unbeschränkte Zugang zum europäischen Strommarkt und die Förderung erneuerbarer Energien durch Lenkungsabgaben umstritten. An Letzterer scheiden sich die Geister durchs Band, auch die wirtschaftsliberale Koalition ist sich uneinig. Die Heterogenität bezüglich der «secondary aspects» fällt indes extremer aus. Besonders die moderaten Koalitionen sind sich zu nahezu keiner Massnahme einig und ein ähnliches Bild ergibt sich innerhalb der ökologischen Koalition. Umstritten sind die Erhöhung des Netzzuschlags, weisse Zertifikate und die Einspeisevergütung für Wasserkraftanlagen. Über alle Koalitionen hinweg scheinen die Effizienzziele für Grossverbraucher und die Entfernung des KEV-Kostendeckels besonders zu polarisieren. Einigkeit besteht nur bezüglich der Grundsätze in der Netzplanung, wo ohnehin alle Koalitionen eine sehr ähnliche Position vertreten. Sowohl bezüglich der «policy core beliefs» und «secondary aspects» scheinen sich also vermeintlich verbündete Akteure nicht immer einig zu sein. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass gemeinsame Positionen auch über die Koalitionen hinaus bestehen. Die Implikationen für das Politikfeld werden in Kapitel 7.5 näher ausgeführt.

⁴ Die Einigkeit der wirtschaftsliberalen Koalition, respektive die Heterogenität der anderen Koalitionen ist unter anderem auch auf deren Grösse zurückzuführen, da bei einer geringen Anzahl Akteure die Wahrscheinlichkeit von grossen Meinungsunterschieden sinkt.

Tabelle 10: Spannweite der Positionierung zu den «policy core beliefs» und «secondary aspects» innerhalb der Koalitionen.

Massnahme	wirtschaftsliberal	moderat-liberal	moderat-ökologisch	ökologisch
«policy-core beliefs»				
Ausstieg Atomenergie	0	3	1	1
Unbeschränkter Zugang zum europäischen Strommarkt	1	1	3	2
Förderung erneuerbarer Energien durch Subventionen	1	2	2	1
Förderung erneuerbarer Energien durch Lenkungsabgaben	2	3	2	3
Liberalisierung des Strommarkts für alle Konsumentinnen und Konsumenten	1	1	1	2
Ø «policy core beliefs»	1	2	1.8	1.8
«secondary aspects»				
Erhöhung des Netzzuschlags	0	3	3	2
Steuerliche Massnahmen für Energieeffizienz im Gebäudebereich	1	1	2	3
Effizienzziele für Strom-Grossverbraucher	3	2	3	2
Verschärfung der MuKE	2	3	2	1
Förderung der Stromeffizienz durch Einführung von Weissen Zertifikaten	1	3	3	2
Entfernung des KEV- Kostendeckels	3	3	3	3
Einspeisevergütung: Obergrenze von 10MW für die Wasserkraftanlagen	1	3	3	2
Verbindliche Vorgaben Szenariorahmen	2	2	3	2
Grundsätze Netzplanung: gesetzliche Verankerung des NOVA-Prinzips	1	1	1	1
Anrechenbarkeit innovativer Massnahmen	2	3	2	1
Durchführung Plangenehmigungsverfahren durch verwaltungsexterne Personen	2	2	3	3
Ø «secondary aspects»	1.63	2.36	2.55	2

Hohe Werte (in Rottönen hinterlegt, maximal 3.00) weisen auf hohe Uneinigkeit innerhalb der Koalition hin

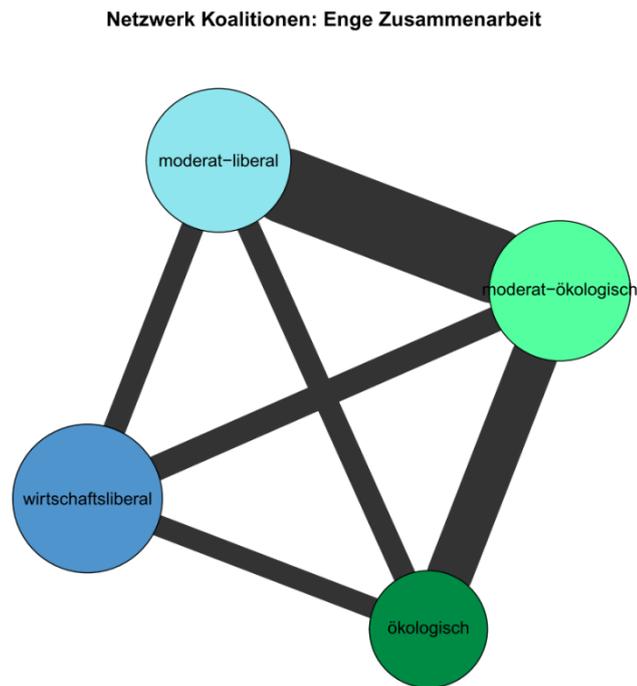
7.4 Zusammenarbeit

Eine ähnliche Positionierung der Akteure reicht noch nicht aus, um eine Koalition zu bilden. Ebenfalls notwendig sind der regelmässige Austausch und die Zusammenarbeit, um gemeinsame Ideen zu entwickeln und Interessen durchzusetzen. Für die zuvor identifizierten Koalitionen gilt dies ohne Ausnahme. Die Akteure arbeiten vermehrt enger zusammen, wenn sie der Ansicht sind, dass sie ähnliche Positionen vertreten (Tabelle 11). Zusammenarbeit existiert jedoch auch über die Koalitionen hinweg. In Abbildung 4 wird ersichtlich, dass vor allem die beiden moderaten Koalitionen sehr enge Beziehungen pflegen. Die moderat-ökologische Koalition scheint ausserdem sehr gut mit den anderen beiden Koalitionen vernetzt zu sein, primär mit der ökologischen. Interessanterweise arbeiten auch Vertreterinnen und Vertreter der beiden Pol-Koalitionen trotz teils grosser inhaltlicher Differenzen eng zusammen. Diese Bereitschaft zur Zusammenarbeit über die Koalitionen hinaus führt dazu, dass das Politikfeld sehr dicht ist.

Tabelle 11: enge Zusammenarbeit der Akteure nach deren wahrgenommener Positionierung

Wahrgenommene Positionierung	Enge Zusammenarbeit	
	nein	ja
Differenzen	198	32
Übereinstimmung	148	241

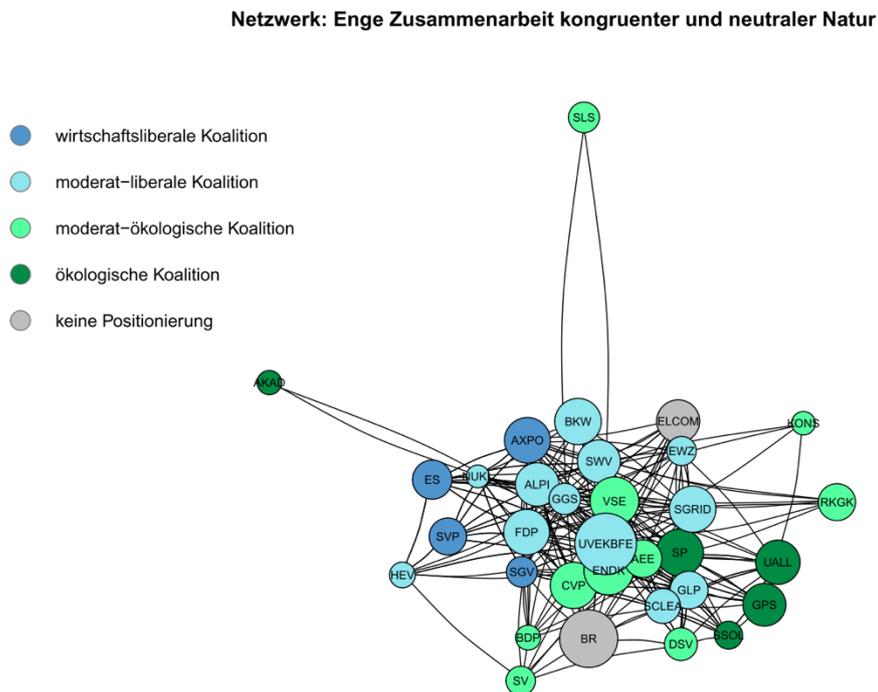
Abbildung 4: Koalitionsnetzwerk mit Darstellung der engen Zusammenarbeit zwischen den Koalitionen



Darstellung zeigt: je breiter die Verbindung, desto stärker die Zusammenarbeit.

Diesen Eindruck bestätigt das Akteursnetzwerk in Abbildung 5. Die hohe Dichte des Netzwerks ist eindeutig erkennbar; viele Akteure sind sehr nah beieinander, es ist keine wirkliche Polarisierung festzustellen. Zwar stehen sich die beiden Polkoalitionen gegenüber, die beiden moderaten Koalitionen sind hingegen untereinander und mit den Polkoalitionen vernetzt. Sie stehen im Zentrum des Netzwerks und weisen die meisten engen Beziehungen in alle Lager auf. Die Polkoalitionen sind eher am Rande des Netzwerks vertreten, jedoch verfügen auch sie über einen relativ hohen Vernetzungsgrad und sind dementsprechend ebenfalls ins Politikfeld miteingebunden. Die Hauptrolle im Politikfeld kommt wenig überraschend dem UVEK / BFE zu, sie sind die Akteure mit den meisten eingehenden und ausgehenden Beziehungen. Dies bedeutet, dass sie die Zusammenarbeit mit den anderen Akteuren sowohl selbst suchen als auch die Zusammenarbeit mit ihnen gesucht wird. Das UVEK/ BFE nimmt so einerseits eine aktive Position ein, denn sie gestalten die Strompolitik aktiv mit, indem sie Gesetzesentwürfe ausarbeiten. Andererseits dienen sie als Gefäß und Raum für das Zusammenkommen und den Austausch von Interessen, Ideen und Lösungsansätzen. Die in Abschnitt 3.1 ermittelte Reputation bestätigt diesen Eindruck. UVEK/ BFE werden von den anderen Akteuren mit Abstand als am einflussreichsten eingeschätzt. Einflussreiche Akteure sind zudem oft zentral und in der Nähe des UVEK/ BFE zu finden, stehen demnach in engem, regem Austausch (EnDK, VSE, SP, CVP, etc.). Dies spricht ebenfalls für ein relativ gering polarisiertes Politikfeld: Die einflussreichen Akteure sind nicht in «verfeindeten», mächtigen Polkoalitionen zu finden, sondern nahe beieinander. Dies spricht dafür, dass sich die Akteure nicht «bekämpfen», sondern bereit sind, trotz inhaltlicher Differenzen miteinander zusammenzuarbeiten.

Abbildung 5: Akteursnetzwerk



Darstellung der engen Zusammenarbeit neutraler und übereinstimmender Natur. Akteure im Zentrum sind stärker vernetzt und verfügen über Beziehungen in alle Richtungen. Abseitsstehende Akteure (z.B. AKAD, SLS) weisen nur wenige Verbindungen auf, was bedeutet, dass sie nur sehr geringfügig ins Netzwerk eingebunden sind. Die Grösse der Akteure widerspiegelt deren Reputation (je grösser, desto einflussreicher). Berücksichtigt wurden nur Akteure mit einer Reputation über 1.00.

7.5 Starre Fronten oder «policy-oriented learning»?

Was bedeuten diese Ergebnisse nun für das Politikfeld? Ist es nach wie vor starr entlang der Hauptkonfliktlinie unterteilt oder zeichnet sich ein gewisses «policy-oriented learning» ab? Wer sind die treibenden, bzw. bremsenden Kräfte im Politikfeld?

Die beiden ökologischen Koalitionen fallen zahlenmässig relativ gross aus; dementsprechend kann argumentiert werden, dass sich das Politikfeld auch stärker in Richtung Ökologie und Förderung erneuerbarer Energien bewegen müsste. Aus der vorliegenden Analyse geht jedoch hervor, dass dies nur bedingt der Fall ist. Mögliche Erklärungen lassen sich einerseits in der durchschnittlichen Reputation der Koalitionen und andererseits deren Geschlossenheit finden (Tabelle 12): Die Reputation der Akteure nimmt tendenziell zur wirtschaftsliberalen Seite hin zu, was wiederum zur Folge hat, dass sie ihre Interessen besser vertreten und das Politikfeld in ihrem Sinne gestalten können. Während die ökologische Koalition zahlreicher vertreten ist, hat das Wort ihrer Akteure weniger Gewicht. Ebenfalls aufschlussreich ist die Spannweite der Positionierungen: Die Grundannahme ist diesbezüglich, dass Koalitionen mit grösserer Einigkeit besser imstande sind, ihre Interessen durchzusetzen. Die ökologische Koalition weist eine hohe Heterogenität hinsichtlich der Positionierungen zu «policy core»-Überzeugungen aus, was den Einfluss der Koalition gesamtheitlich aufgrund grösserer «Uneinigkeit» schwächt.

Auch die beiden moderaten Koalitionen sind eher breit gefächert, verfügen jedoch über eine grössere Reputation, was wiederum förderlich für die Durchsetzung ihrer Interessen ist. Zusammen mit dem hohen Vernetzungsgrad weist dies darauf hin, dass die moderaten Koalitionen in der Lage sind, ausgewogene Kompromisse auszuhandeln. Die Befragungen zeigen, dass beispielsweise die Wasserwirtschaft eine grosse Durchsetzungskraft hat und dass ihre Position bei Kompromissfindungen häufig ausschlaggebend ist. Dies deutet darauf hin, dass die Vertreter und Vertreterinnen der

Wasserkraft in gewissen Themen als «policy brokers» agieren. Ausserdem deuten koalitionsübergreifende Beziehungen darauf hin, dass «policy-oriented learning» durchaus möglich ist und im Hinblick auf erneuerbare Energieträger bereits stattgefunden hat; diese werden aufgrund der technologischen Entwicklung sowie neuer Informationen und Gesetze wirtschaftlich immer lukrativer, weshalb sich auch wirtschaftsliberale Kreise immer mehr für sie interessieren. Dies ist ein klassisches Beispiel von «policy-oriented learning»; die Förderung der erneuerbaren Energien stellt für die ökologische Koalition klar eine «policy core»-Überzeugung dar, während sie für die wirtschaftsliberale Koalition in der Vergangenheit sekundär war. Gemäss Sabatier (1998) ist politikorientiertes Lernen in einem solchen Fall wahrscheinlich, wenn zusätzlich neue Informationen zur Verfügung stehen, welche bestehende Überzeugungen infrage stellen.

Tabelle 12: Durchschnittliche Reputation der Koalitionen und deren Spannweite der Positionierungen auf der Achse Wirtschaftsliberalismus vs. Ökologie

Koalition	Mean Reputation	Min Faktorwert	Max Faktorwert	Range Faktorwert	n
wirtschaftsliberal	1.726	-3.352	-2.468	0.883	4
moderat-liberal	1.606	-0.458	1.589	2.047	14
moderat-ökologisch	1.629	1.820	3.352	1.532	10
ökologisch	1.314	3.663	5.470	1.807	9

Die wirtschaftsliberale Koalition verfügt über den Vorteil, inhaltlich sehr homogen zu sein bei gleichzeitiger hoher Reputation, was sie zu einem starken Veto-Spieler macht. Ihre Akteure bevorzugen den Status-Quo, der bei der Anwesenheit vieler und/oder starker Veto-Spieler grundsätzlich eher gewahrt wird. Für die Schweizer Strompolitik deutet dies darauf hin, dass ein Wandel nur sehr begrenzt oder in kleinen Schritten möglich ist.

Ein Wandel ist hingegen nicht ausgeschlossen. Die Koalitionen unterscheiden sich hauptsächlich durch ihre Positionierung. Allerdings weist diese Uneinigkeit in Kombination mit der Bereitschaft zur Zusammenarbeit über die Koalitionen hinaus darauf hin, dass das Politikfeld nicht in starre Fronten einzuteilen ist. Die Akteure finden Gleichgesinnte zu verschiedenen Massnahmen in allen Koalitionen. Dadurch werden wechselnden Partnerschaften unabhängig der eigentlichen Koalition möglich. Auf das Politikfeld wirkt sich dies eher integrativ aus. Kaum ein Akteur ist isoliert, zumal er mit nahezu allen Akteuren zumindest ein paar wenige Gemeinsamkeiten teilt. Dies drückt sich folglich in der geringen Polarisierung des Netzwerks aus. Trotz inhaltlicher Differenzen sind viele Akteure bereit, mit ihren vermeintlichen Gegnerinnen und Gegnern zusammenzuarbeiten, und pflegen diese Beziehung.

8 Die Debatten der Gegenwart und Zukunft

Für ein umfassendes Bild der Schweizer Strompolitik werden im folgenden Kapitel gewisse Trends und die politischen Dynamiken erläutert, welche durch die Betrachtung der offenen Fragen aller Interviews festgestellt werden konnten. Die qualitativen Antworten aus den 25 Interviews ergänzen und kontrastieren somit die Ergebnisse aus der quantitativen Analyse. Alle befragten Akteure stufen die Strompolitik als ein für sie relevantes Politikfeld ein, oder sind zumindest von ihr tangiert.

8.1 Wahrnehmung der aktuellen Prozesse

In letzter Zeit war die Schweizer Strompolitik starken Veränderungen ausgesetzt. Zahlreiche Ereignisse und Entwicklungen haben nach Ansicht der befragten Akteure die Strompolitik in den letzten zehn Jahren geprägt.

Als einschneidendste Veränderung wird von einer deutlichen Mehrheit der Befragten Fukushima erwähnt – oft mit einem «natürlich» ergänzt. Teilweise wird mit der Nuklearkatastrophe im Jahr 2011 der Baustopp von neuen Atomkraftwerken verbunden, sowie das nationale Streben zu einem Atomausstieg. Auch die Energiestrategie 2050 im Allgemeinen wird häufig als Reaktion auf die Nuklearunfälle in Japan genannt. Es kann kein bedeutender Unterschied der Antworten der verschiedenen Koalitionen wahrgenommen werden.

Ebenso wird die Teilmarktliberalisierung im Strommarkt, beginnend im Jahr 2009, als bedeutendes Ereignis erwähnt. Dabei handelt es sich um die Möglichkeit für Grosskunden, die Stromanbieterin frei zu wählen. Wie auch die Nuklearkatastrophe in Fukushima erwähnen dieses Ereignis Organisationen aus allen Koalitionen. Obwohl die Teilmarktliberalisierung vor mehr als zehn Jahren stattgefunden hat, wird sie von mehr als der Hälfte der Befragten erwähnt.

Darüber hinaus wird der Einbruch der Strommarktpreise von mehreren Interviewteilnehmenden als bedeutende Entwicklung geschildert. Dieser Preiszerfall der fossilen Energien wird vereinzelt mit dem Aufkommen neuer Stromproduktionsformen und dem vermehrten Einsatz von Instrumenten zur Bereitstellung erneuerbarer Energien verbunden. Die Expansion der Stromproduktion habe zu einer Überproduktion geführt und demzufolge zu einem Preiszerfall. Das klassische Modell der grossen Nachfrage zur Mittagsspitze, verbunden mit einem hohen Strompreis, und den tiefen Strompreisen in der Nacht, sei durch die Einführung der Photovoltaikanlagen abgeschwächt worden. Die neue Entwicklung ebendieser habe es ermöglicht, vor allem zu Tageszeiten mehr Strom zu produzieren. Dementsprechend wird die Preissenkung des Stroms oft mit der Verbreitung von erneuerbaren Energien assoziiert. Dieser Prozess wird sowohl von zwei Organisationen aus der ökologischen Koalition als auch von einem Vertreter der wirtschaftsliberalen Koalition erwähnt, sowie von drei Vertreterinnen und Vertretern der moderat-liberalen Koalition.

Auch die Energiepolitik der EU – verknüpft mit dem Preiszerfall, aber auch alleinstehend – scheint die Schweizer Strompolitik massgebend zu beeinflussen. Diese grundsätzliche Relevanz der europäischen Energiepolitik wird vor allem von der ökologischen Seite erwähnt, sowie von Vertreterinnen und Vertretern der moderat-liberalen Koalition. Dazu gehört auch das Strommarktabkommen zwischen der Schweiz und der EU, welches «ständig aufgeschoben» werde, wie sich vor allem Vertreter und Vertreterinnen der wirtschaftsliberalen sowie der moderat-liberalen Koalition äussern. Natürlich würden dabei auch die laufenden technologischen Entwicklungen und die Digitalisierung eine wichtige Rolle spielen, welche mit den erneuerbaren Energien direkt verbunden seien.

Des Weiteren wird die Finanzkrise als Ursprung für den Preiseinbruch fossiler Energien genannt. Ein Akteur aus der ökologischen Koalition erklärt, dass wegen der Finanzkrise Emissionszertifikate praktisch kostenlos ausgegeben worden seien, um die Unternehmen zu entlasten. Dies habe zur Folge, dass der Emissionshandel mit Zertifikaten bis heute nicht richtig funktioniere.

Von drei Akteuren, einem aus der ökologischen, einem aus der moderat-ökologischen und einem aus der moderat-liberalen Koalition, wird als relevante Änderung die zunehmende Dezentralisierung der Stromproduktion genannt. Wo zuvor grosse Kraftwerke durch Stromeinspeisung auf höchster Ebene eine Verteilung «von oben nach unten» erbracht hätten, müsse das Verteilnetz nun aufgrund neuer Kleinanlagen wie Solar- und Windenergie umgebaut und dezentraler werden.

Vertreterinnen und Vertreter aus unterschiedlichen Koalitionen sehen den Wechsel der Departementsvorsteherin des UVEKS von Doris Leuthard zu Simonetta Sommaruga als einschneidendes Ereignis der Schweizer Strompolitik. Zwei Mitglieder der ökologischen Koalition erachten den Wechsel als notwendig und geben zu bedenken, von Sommaruga könnten neue Impulse kommen, womit ein Wandel vorangetrieben werde. Andere Akteure sind hingegen der Ansicht, dass die Konsensfindung zumindest zu Beginn erschwert werden könnte. Leuthard habe als Politikerin der Mitte und des Kompromisses gegolten und zudem gute Beziehungen in alle Lager gehabt. Sommaruga müsse sich diesen Status zuerst erarbeiten und habe als linke Politikerin allenfalls mit einer gewissen Skepsis seitens des wirtschaftsliberalen Lagers zu kämpfen.

Im Laufe einzelner Gespräche entstand der Eindruck, dass eine aktive Änderung in der Strompolitik und eine Änderung in der Bereitstellungsart von Strom oftmals dadurch erschwert wird, dass ein Widerstand der Bevölkerung gegenüber verschiedenen Massnahmen oder Initiativen laut wird. Beispiele hierfür seien der Bau von Windrädern oder ein Zubau von Photovoltaikanlagen. Ein Akteur gibt sogar zu bedenken, dass es zwar gesetzliche Änderungen in den letzten zehn Jahren gegeben habe, diese jedoch zu keinen faktischen Veränderungen geführt hätten.

Wenig überraschend wird auch die «Klimajugend», also die aktuelle Klimadiskussion von mehreren Akteuren – genauer von fünf Befragten – erwähnt. Jedoch sei es noch unklar, zu welcher Veränderung diese aktuelle und momentan noch relativ schwer definierbare Diskussion tatsächlich führen und ob faktisch ein Wandel hin zur Dekarbonisierung stattfinden werde. Beachtenswert ist jedoch, dass die aktuelle Klimadiskussion von keiner einzigen Organisation aus dem wirtschaftsliberalen Flügel als relevant bezeichnet wird.

Die Energiestrategie 2050 wird auf Rückfrage fast einhellig befürwortet. Betreffend ihrer konkreten Umsetzung sind bei einigen Befragten verschiedene Zweifel vorhanden. Es gibt verschiedene «Aber» zur Energiestrategie, welche je nach Organisation in unterschiedliche Richtungen gehen. Wo die Energiestrategie die Ziele der ökologischen Koalition ungenügend umsetzt, geht sie für einige Akteure aus der wirtschaftsliberalen oder moderat-liberalen Koalition zu weit oder wird gar eher abgelehnt. Von der breiten Mehrheit aus verschiedenen Koalitionen wird die Energiestrategie allerdings grundsätzlich befürwortet.

Die Beurteilung der vergangenen zehn Jahre bestätigt das Bild der quantitativen Analyse: Das Politikfeld Strom ist relativ schwach polarisiert. Obwohl durchaus gewisse Unterschiede zwischen den verschiedenen Koalitionen zum Vorschein kommen, ergibt sich keineswegs ein durchgängiges Muster, welches auf klare Fronten hinweist. Die Akteure erkennen dieselben Probleme, schlagen aber unterschiedliche Instrumente zu deren Lösung vor. Dies zeigt, dass zwar ein Handlungsdruck besteht, die Priorisierung der verschiedenen Lösungsansätze aber noch offen ist. Gleichzeitig bietet die ähnliche Problemsicht der verschiedenen Akteure eine Erklärung für die geringe Polarisierung des Politikfelds und zeigt, dass ein politischer Wandel durchaus möglich ist.

8.2 Mögliche Zukunftsszenarien

Gegenstand der Interviews waren auch die zukünftigen Entwicklungen und Prozesse, welche die Schweizer Strompolitik in den nächsten zehn Jahren prägen werden. Über das gesamte Spektrum hinweg sind die befragten Akteure der Ansicht, dass die Nachfrage nach Strom durch die vermehrte Elektrifizierung und Dekarbonisierung der Gesellschaft in Zukunft stark zunehmen werde. Darüber, wie dieser erhöhten Nachfrage entgegengetreten werden soll, sind sie sich jedoch nicht einig.

Einige Akteure sehen den zukünftigen Entwicklungen eher positiver entgegen als andere. Beispielsweise beobachtet ein Vertreter der ökologischen Koalition eine zunehmend konstruktivere Stimmung, welche vor allem durch die Annahme des Energiegesetzes 2017 einen Anstoss erfahren habe. Diese Entwicklung werde sich auch in Zukunft so fortsetzen. Auch andere Akteure haben diesen Trend in naher Vergangenheit wahrgenommen und erwarten eine weitere Abnahme der Widerstände gegen erneuerbare Energien – spezifisch gegen Solarenergie. Die meisten Akteure vermuten, dass den erneuerbaren Energien immer mehr Bedeutung zugemessen wird. Die tatsächliche Erweiterung der Bereitstellung von erneuerbaren Energien wird auf der einen Seite als realistisch gewertet, auf der anderen wird die Realisierung aber auch in Frage gestellt; dies vor allem deshalb, da nicht erwartet wird, dass die Mechanismen zur Bereitstellung erneuerbarer Energien und deren Speicherung ausreichen, um die zukünftig nachgefragte Menge an Strom bereitzustellen. Deshalb gehen viele von einem starken Zuwachs an Stromimporten aus dem Ausland aus. Mehrfach wird dabei erwähnt, dass diese Lösung nicht konstruktiv sei, da der importierte Strom aus ökologischer Sicht nicht gut verträglich sei – was dem Grundgedanken der Energiestrategie 2050 widerspreche. Statt eigenen «dreckigen» Strom zu produzieren würde die Schweiz ebendiesem importieren, was gesamtökologisch betrachtet unsinnig sei.

Es lässt sich beobachten, dass die Organisationen aus dem eher ökologischen Spektrum die Zukunft mit einem Zuwachs von erneuerbaren Energien verknüpfen. Die wirtschaftsliberale Koalition hingegen sieht der Zukunft tendenziell negativer entgegen und befürchtet die Entstehung eines Stromengpasses. Gleichzeitig sagen diese Organisationen wirtschaftsliberale Massnahmen voraus, namentlich die vollständige Marktöffnung und ein Stromabkommen mit der Europäischen Union, eingebettet im institutionellen Rahmenabkommen.

Über alle Interviews hinweg und spezifisch bei der Beantwortung der offenen Fragen entstand der Eindruck, dass die Mehrheit der Befragten in naher Zukunft keine radikalen oder grösseren Änderungen erwartet. Zwar geben einige an, dass extreme Änderungen denkbar seien, doch wird schnell klar, dass diese Entwicklungen eher als Utopien gewertet werden und nicht als denkbare Szenarien. Es scheint zumindest gegen aussen ein gemeinsames Ziel der umweltfreundlicheren Strombereitstellung zu geben. Was dafür aufgegeben werden muss und wie eine solche Umsetzung konkret ausgestaltet werden soll, darüber sind sich die beteiligten Akteure in der Schweizer Strompolitik allerdings nicht einig.

Jedoch wurde im Laufe der Interviews immer wieder von den Interview-Partnerinnen und -Partner eine offene Frage aufgeworfen: Woher wird der Strom in Zukunft kommen, wenn die Atomenergie wegfällt und die Nachfrage steigt? Wie können wir den Herausforderungen der Dekarbonisierung entgegenkommen und trotzdem ambitionierte Pläne wie die Elektrifizierung des Verkehrs umsetzen? Es scheint, als seien dies die Fragen, welche ausnahmslos alle Akteure der Schweizer Strompolitik beschäftigen. Obwohl verschiedene Lösungsansätze auf dem Tisch liegen und einige Akteure der Zukunft gegenüber optimistischer eingestellt sind als andere, scheint niemand die Antwort auf diese Frage zu kennen. In diesem Zusammenhang kam häufig das Stichwort «Versorgungssicherheit» auf. Dies deckt sich mit den Ergebnissen unserer quantitativen Analyse, gemäss welchen die «Versorgungssicherheit» jene «deep core»-Überzeugung darstellt, welche koalitionsübergreifend als einer der wichtigsten grundlegenden Werte angesehen wird.

Gleichzeitig wird kein grundlegender Wert so wenig genannt wie die «Unabhängigkeit vom Ausland». Vielfach wird ausgeführt, das Schweizer Stromnetz sei so sehr mit dem Umland verknüpft, dass eine Trennung schlicht als unrealistisch, wenn nicht gar unmöglich bewertet wird. Diese beiden Erkenntnisse passen zusammen: Priorität der meisten Akteure ist es, die Stromversorgungssicherheit auch in Zukunft gewährleisten zu können. Dies bedeutet zwingend eine gewisse Abhängigkeit vom Ausland. Ein Versorgungsengpass wird jedoch von vielen Akteuren als durchaus denkbar oder sogar als grosses Risiko für die Schweiz beurteilt. Aus diesem Grund herrscht eine grundsätzliche Einigkeit darüber, dass ein Zubau von inländischem Strom erfolgen sollte. Über die Art der Stromquelle und den Ort des Zubaus besteht jedoch grosse Uneinigkeit. Dies und eine schwache Polarisierung des gesamten Politikfelds führen dazu, dass der Handlungsdruck momentan beschränkt ist.

Es lässt sich deshalb feststellen, dass die Zukunft der Stromproduktion als grosse Unbekannte gilt und die Schweizer Strompolitik in den kommenden Jahren wohl verstärkt in den öffentlichen Fokus rücken wird. Die Schliessung der nach Ansicht vieler unausweichlichen Stromlücke stellt die Akteure hierbei vor eine enorme Herausforderung.

9 Diskussion

9.1 Ein Politikfeld im Umbruch?

Die Schweizer Strompolitik war in den letzten zehn Jahren geprägt von der Klimakrise einerseits und den Gefahren der Atomenergie andererseits. In diesem Zusammenhang entstand mit der Energiestrategie 2050 ein zentrales parlamentarisches Geschäft, das von allen Beteiligten kontrovers diskutiert wurde und noch immer weiterentwickelt wird. Zentrale Elemente sind dabei der Atomausstieg und die Förderung von erneuerbaren Energien. Im neuen CO₂-Gesetz spielt die klimafreundliche Stromproduktion ebenfalls eine Rolle, da nur so die Dekarbonisierung realistisch umgesetzt werden kann. Neben diesen beiden Schwerpunkten werden auch die Liberalisierung gegen innen und die Öffnung gegen aussen thematisiert, sowie einige weniger bedeutende Revisionen.

An diesen Debatten beteiligen sich weitgehend die gleichen Akteure, wie sie in früheren Studien identifiziert wurden (vgl. Markard et al. 2016). Dabei handelt es sich vor allem um Parteien, Behörden und Dachverbände, die in allen Politikfeldern mitmischen, sowie die Elektrizitätsbranche, die direkt von den Entscheidungen betroffen ist und deshalb ein erhebliches Interesse hat, die entsprechenden Massnahmen in ihrem Sinne mitzugestalten. In der Folge äussern sich meist unzählige Elektrizitätsunternehmen in den Vernehmlassungen, darunter auch Kleinstkraftwerke. Die Äusserungen aus dem Lager des Umwelt- und Landschaftsschutzes konzentrieren sich hingegen auf wenige Akteure mit starkem Gewicht.

Die Hauptkonfliktlinie in der Schweizer Strompolitik hat sich in den letzten Jahren seit der Studie von Markard et al. (2016) nicht wesentlich verändert: Nach wie vor steht für gewisse Akteure die ökologische Verträglichkeit von Stromproduktion und -vertrieb im Zentrum, während andere hauptsächlich wirtschaftliche Überlegungen in Betracht ziehen. Trotzdem ist das Politikfeld nicht allzu polarisiert; auch Akteure mit äusserst unterschiedlichen Blickwinkeln können miteinander zusammenarbeiten und konstruktive Lösungen finden – dies zeigt auch unsere Erkenntnis, dass die Akteure koalitionsübergreifend zusammenarbeiten und in spezifischen Sachfragen über die Koalitionsgrenzen hinaus ähnliche Positionierungen vertreten. Auch überschneiden sich ökologische und ökonomische Interessen immer öfter, da erneuerbare Energien immer effizienter und damit wirtschaftlich lukrativer werden. Wie von einigen Befragten erwähnt, konzentriert sich die Forschung und Entwicklung auf diese neuartigen Produktionsformen, was zur Folge hat, dass die fossilen Energieträger und die Atomkraft technologisch überholt und abgehängt werden. Diese zunehmende Attraktivität der erneuerbaren Energien aber auch neue Informationen und Erkenntnisse führen zu einem «policy-oriented learning», durch das auch wirtschaftsliberalere Akteure vermehrt auf diese Technologien setzen.

Die Politik scheint hier der tatsächlichen Entwicklung hinterherzuhinken, was sich in den Interviews dadurch äusserte, dass eine gewisse Frustration zu spüren ist. Vielen Befragten gehen die Bestrebungen zur Weiterentwicklung der Strompolitik zu langsam, Massnahmen werden als zu inkrementell und wirkungslos beschrieben. Vielfach wird bemängelt, dass die wahren Probleme nicht angesprochen und an der realen Situation vorbei politisiert werde. Gerade die Energiestrategie 2050 muss hierbei einige Kritik einstecken: Obwohl sie grundsätzlich bei der grossen Mehrheit der Akteure Unterstützung findet, wird deren Umsetzung häufig bemängelt und praktisch niemand scheint vorbehaltlos zufrieden damit.

Allerdings sind sich die Akteure nicht darüber einig, auf welche Probleme sich die Weiterentwicklung der Strompolitik fokussieren sollte: Die Ideen gehen von schärferen Vorschriften über den Abbau von bürokratischen Hürden bis hin zur vermehrten Förderung von innovativen Projekten. Der Wasserzins

kam häufig auf als wichtiger Konfliktpunkt zwischen den Bergregionen und den Kantonen des Mittellands. Hierbei geht es um die Verteilung der Gewinne der Wasserkraft zwischen den Standortkantonen und den grossen Elektrizitätsunternehmen, welche die Kraftwerke betreiben. Dies scheint ein gutes Beispiel dafür zu sein, wie sich die Beteiligten eher in den Kampf um Ressourcen vertiefen als ein gesamtheitliches Stromkonzept zu erarbeiten. Ein Akteur sprach die inexistenten marginalen Kosten der Solarenergie an, die einen Preiszerfall nach sich zögen, und bezeichnete auf dieser Grundlage Subventionen und Lenkungsabgaben als das falsche Instrument, um dieses Problem zu lösen. Stattdessen würde er sich die Bereitstellung von Investitionshilfen wünschen. Der Begriff «Symbolpolitik» wurde von vielen Befragten verwendet, um gegenwärtige Entscheidungsprozesse zu beschreiben.

Aufgrund des erwähnten «policy-oriented learning» sowie des zunehmenden Bewusstseins gegenüber Umwelt- und Klimathemen hat das ökologische Lager in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen, jedoch nur leicht. Dies zeigt sich vor allem daran, dass die ökologischen Akteure mehrheitlich immer noch weniger einflussreich sind als die starken Akteure der ökonomisch orientierten Seite. Auch verlieren sie sich untereinander in Konflikten, wie das Beispiel des Landschaftsschutzes zeigt: Gerade bei der Wind- und Sonnenenergie bekämpfen einige Umweltschutzorganisationen entsprechende Projekte, die zu einer nachhaltigeren Energieproduktion führen würden. In der Folge finden sich diese Akteure am Rand des sozialen Netzwerks wieder, da ihre Interessen zur grossen Mehrheit im Widerspruch stehen. Die wirtschaftsliberale Seite ist hingegen viel homogener und kann deswegen effektiver zusammenarbeiten.

Die Befragten blicken nicht alle mit gleich viel Optimismus in die Zukunft: So wird das Potential von Photovoltaikanlagen unterschiedlich hoch eingeschätzt und entsprechend kommen gewisse Akteure zum Schluss, dass die Schweiz mit einem Mix aus Solar- und Wasserkraft ausreichend versorgt werden kann, während andere diese Versorgung bedroht sehen. Auch das geplante Stromabkommen mit der Europäischen Union wird unterschiedlich betrachtet: Während es von einigen als dringend notwendig bezeichnet wird, weisen andere auf kritische Punkte hin und fordern eine Klärung derselben. Während der Durchführung der Interviews steckte die aktuelle Corona-Krise noch in ihren Anfängen. Wenn wir jedoch vom Zukunftsszenario «internationaler Stromengpass» ausgehen und die Analogie zur aktuellen Krise ziehen wird klar: Eine zu hohe Abhängigkeit vom Ausland in der Stromproduktion ist für die Schweiz nicht unbedingt wünschenswert.

Allgemein sprechen die Akteure jedoch ähnliche Herausforderungen an, die in der Zukunft zu meistern sind. So Sorge die zunehmende Elektrifizierung und Dekarbonisierung für eine enorme Stromlücke, die es zu füllen gelte. Die dezentrale Produktion mache den Umbau der Verteilnetze notwendig und ohne die nötige Speichertechnologie sei die Solarenergie nicht zielführend, da sie nur tagsüber Strom liefert. Von vielen werden die Eigenverbrauchsgemeinschaften als zukunftsweisende Entwicklung gesehen; diese verbreiten sich laufend und werden gemäss Einschätzung zahlreicher Akteure einen immer grösser werdenden Teil der Stromproduktion abdecken und somit den Strommarkt fundamental umgestalten.

Der Atomkraft wird hingegen kaum eine Rolle in der zukünftigen Gestaltung der Stromproduktion zugewiesen, auch nicht von den Kräften, die den Ausstieg aus der Kernenergie nicht grundsätzlich befürworten; der Aufbau und Betrieb eines Kernkraftwerks lohne sich wirtschaftlich gesehen schlicht und einfach nicht, weshalb sich diese Technologie momentan weder gegen die erneuerbaren noch gegen die fossilen Energieträger durchsetzen könne. Entsprechend haben Vertreter der Atomkraft im Gegensatz zu früheren Studien (vgl. Markard et. al. 2016) weiter an Einfluss verloren, mit der «Aktion für eine vernünftige Energiepolitik» (AVES) hat sich eine bedeutende Unterstützerin gar aufgelöst. Solange die Kernenergie nicht einen gewaltigen technologischen Sprung nach vorne macht, dürften in der Schweiz unabhängig von den gesetzlichen Bestimmungen auf absehbare Zeit wohl keine neuen Atomkraftwerke gebaut werden.

9.2 Limitationen der Studie

Um die Übersicht zu wahren verlangte unsere Analyse eine Eingrenzung der Akteure nach bestimmten Kriterien. So wurden u.a. Akteure in Dachverbände oder übergeordnete Organisationen zusammengefasst. Dies könnte dazu führen, dass Akteure, welche grossen Einfluss auf die Strompolitik der Schweiz ausüben, aber einer übergeordneten Organisation angehören, nicht einzeln berücksichtigt werden. Mittels Expertenvalidierung versuchten wir sicherzustellen, dass die Auswahl dennoch möglichst vollständig ist.

Die Bevorzugung von möglichst grossen Kollektivakteuren hat weiter zur Folge, dass die Positionen der interviewten Akteure nicht zwangsläufig jenen aller Mitglieder entsprechen. Als Beispiel dient die Umweltallianz, deren Positionierungen hier die SES vertritt (gemäss Aussage deren Mitglieder). Die Meinungen innerhalb der Umweltallianz können in gewissen Themen jedoch auch divergieren, beispielsweise ist die Förderung erneuerbarer Energien zu Teilen nicht mit dem Landschafts-, Gewässer- oder Vogelschutz vereinbar. Dies ist zu einem gewissen Grad allerdings nicht zu verhindern, das Zusammenfassen von Akteuren bringt immer einen gewissen Informationsverlust mit sich. Trotzdem kann grundsätzlich davon ausgegangen werden, dass ein Dachverband die Positionen seiner Mitglieder im Grossen und Ganzen widerspiegelt.

Weiter lassen sich gewisse Abweichungen der tatsächlichen Positionierung und der Zusammenarbeitsbeziehungen eines Akteurs nicht ausschliessen. Pro Akteur befragten wir jeweils eine zuständige Person der Organisation. Auch wenn davon ausgegangen werden kann, dass die befragten Personen die Meinung der Organisation vertreten und kompetent repräsentieren, bleibt dies am Ende eine subjektive Einschätzung. Gleiches gilt für die Auswertung der qualitativen Inhalte der Analyse, welche unumgänglich von den befragten Personen und unseren persönlichen Eindrücken geprägt ist. Die absolute Objektivität kann somit nicht gewährleistet werden. Trotzdem erachten wir die Einschätzungen in ihrer Gänze als plausibel und nachvollziehbar.

Schliesslich sind auch die Einteilungen in unterschiedliche Koalitionen – wirtschaftsliberal, moderat-liberal, moderat-ökologisch, ökologisch – nicht in Stein gemeisselt. Mit Ausnahme der wirtschaftsliberalen Koalition sind die Grenzen zwischen den definierten Koalitionen fließend. Ab der moderat-liberalen Koalition bis zur ökologischen Koalition existiert ein Kontinuum, welches es nahezu unmöglich macht, klare Grenzen zu ziehen. Es ist ebenso legitim, die Grenzen anders zu ziehen, wodurch die jeweiligen Koalitionen grösser oder kleiner ausfallen. Die Grenze zwischen der moderat-ökologischen und ökologischen Koalition basiert auf dem verhältnismässig leicht grösseren Sprung zwischen AEE und SP (die Konsumentenschutzorganisationen können dem einen oder anderen Lager zugeteilt werden). Obwohl wir versuchten, die Abgrenzung auf Basis möglichst objektiver Kriterien festzulegen, ist eine gewisse Subjektivität nicht von der Hand zu weisen. Gleichzeitig ist wichtig zu erwähnen, dass es sich bei diesem Vorgehen um ein exploratives Verfahren handelt, welches sich anschickt, ein Politikfeld zu erforschen, beschreiben und greifbar zu machen. Die Resultate und deren Interpretation sind demnach zwingendermassen subjektiv – andere Schlussfolgerungen sind ebenfalls legitim. Wichtig ist deshalb die Abgleichung zwischen Theorie und Praxis. Der Vergleich mit früheren Studien zur Schweizer Strompolitik zeigt indes, dass die gezogenen Schlussfolgerungen durchaus plausibel sind.

10 Fazit

Im Rahmen des vorliegenden Berichts wurde untersucht, welche Akteure sich in den letzten zehn Jahren an den wichtigsten Debatten der Schweizer Strompolitik beteiligt haben, wie sie sich dabei im Sinne eines «policy belief systems» positionieren und welche dieser Akteure zusammen Advocacy-Koalitionen bilden. Weiter wurde analysiert, welchen Einfluss die verschiedenen Koalitionen auf politische Entscheidungsprozesse der Strompolitik in den letzten zehn Jahren hatten, worauf dieser Einfluss zurückgeht und wie er in zukünftigen Auseinandersetzungen zu beurteilen ist.

Zu diesem Zweck wurden zunächst die relevanten Entscheidungsprozesse und Akteure mittels der inhaltlichen Analyse von offiziellen Dokumenten (namentlich Vernehmlassungsberichte) identifiziert. Dabei wurden die Energiestrategie 2050, die aktuelle Revision des CO₂-Gesetzes sowie zwei Überarbeitungen des Stromversorgungsgesetzes als wichtigste Entscheidungsprozesse bestimmt und eine von zwei Experten validierte Liste von 43 Akteuren erarbeitet, die sich in den letzten zehn Jahren am aktivsten und öffentlich sichtbarsten an der Ausarbeitung der Schweizer Strompolitik beteiligt haben. Zu den wichtigen Akteuren zählen Parteien, Behörden, Dachverbände sowie Vertreter der Elektrizitätsbranche.

Nachdem die Akteure zur Strompolitik der letzten zehn Jahren befragt wurden, identifizierten wir anhand von einer Hauptkomponentenanalyse eine primäre Konfliktdimension, auf der sich Wirtschaftsliberalismus und Ökologie gegenüberstehen. Durch die Analyse der Positionierungen der einzelnen Akteure sowie der Zusammenarbeitsbeziehungen unter ihnen, konnten vier verschiedene Koalitionen (wirtschaftsliberal, moderat-liberal, moderat-ökologisch und ökologisch) ermittelt werden. Somit bleiben die beiden Pole bestehen; im Gegensatz zu den Erkenntnissen früherer Untersuchungen konnten zwischen der ökologischen und wirtschaftsliberalen Koalition zusätzlich zwei moderate Koalitionen ausgemacht werden.

Die soziale Netzwerkanalyse zeigt auf, dass die Akteure im Politikfeld sehr stark miteinander vernetzt sind und auch koalitionsübergreifend zusammenarbeiten. Die Positionierung ist indes der Aspekt, in welchem sich die Koalitionen hauptsächlich unterscheiden. Dies bietet Anlass zur Annahme, dass in der Schweizer Strompolitik «policy-oriented learning» nach wie vor möglich ist. Veränderungen sind wohl vor allem dann zu erwarten, wenn die wirtschaftsliberale Koalition sich bewegt; ihre Vertreter verfügen über die höchste Reputation und somit über den weitreichendsten Einfluss. Ausserdem sind sie daran interessiert, den Status-Quo möglichst zu wahren. Trotzdem kann festgestellt werden, dass einerseits die Hegemonie der wirtschaftsliberalen Koalition ab- und andererseits die Relevanz und Grösse der ökologischen Koalition in den letzten Jahren zugenommen hat.

Eine weitere wichtige Erkenntnis unserer Analyse ist, dass die Koalitionen sich in ihren Positionierungen annähern und dass die Schweizer Strompolitik kein besonders polarisiertes Politikfeld ist. Besonders interessant erscheint uns ausserdem, dass trotz der vielen Veränderungen in Form von Gesetzen (v.a. Energiestrategie 2050), der öffentlichen Meinung oder neuer Technologien und Informationen, sich politisch (noch) nicht viel verändert zu haben scheint.

Nicht zuletzt aufgrund des grossen aktuellen Interesses an Klima- und Energiethemen zeichnet sich vorliegende Studie durch eine hohe Relevanz aus. Zeitgleich mit der Fertigstellung dieses Berichtes wurde das CO₂-Gesetz im Nationalrat behandelt. Gesetzesänderungen wie eine künftige Lenkungsabgabe auf Flugtickets oder eine Verteuerung des Benzins sorgten für grosses Medien- und Öffentlichkeitsinteresse. Ausserdem steht die Strompolitik der Schweiz wiederkehrend im Zentrum der Debatte, da im Hinblick auf den bevorstehenden Atomausstieg sowie einer zunehmenden Stromnachfrage ein Engpass in der Stromproduktion als grosses Risiko für die Schweiz eingeschätzt wird. Es besteht somit ein extrem hoher Handlungsdruck sowie ein Informationsbedarf in der Öffentlichkeit. Für die Akteure der Schweizer Strompolitik bedeutet dies, dass koalitionsübergreifende Allianzen in Zukunft entscheidend sein könnten, um künftige Lösungen zu entwickeln.

11 Literaturverzeichnis

- BFE, Bundesamt für Energie (2017): Ergebnisbericht Vernehmlassung Klimapolitik nach 2020.
- BFE, Bundesamt für Energie (2018a): Chronologie Energiestrategie.pdf.
- BFE, Bundesamt für Energie (2018b): Energiestrategie 2050 - Monitoring-Bericht 2018: Kurzfassung. Bundesamt für Energie.
- Bundesrat (2016): Botschaft zum Bundesgesetz über den Um- und Ausbau der Stromnetze.
- Bundesrat (2018): Botschaft zur Totalrevision des CO₂-Gesetzes nach 2020.
- Kammermann, Lorenz/Strotz, Chantal (2014): Akteure und Koalitionen in der Schweizer Energiepolitik nach Fukushima. Bern: Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern.
- Kriesi, Hanspeter/Jegen, Maya (2000): Decision-Making in the Swiss Energy Policy Elite. In: *Journal of Public Policy*, Cambridge University Press, 20 (1), 21–53.
- Kriesi, Hanspeter/Jegen, Maya (2001): The Swiss Energy Policy Elite: The Actor Constellation of a Policy Domain in Transition. In: *European Journal of Political Research*, 39 (2), 251–287.
- Markard, Jochen/Suter, Marco/Ingold, Karin (2016): Socio-Technical Transitions and Policy Change. In: *Environmental Innovation and Societal Transitions*, 18, 215–237.
- Nuklearforum (2018): Mitgliederverzeichnis 2018. Text abrufbar unter: https://www.nuklearforum.ch/sites/default/files/page/Nuklearforum_Mitgliederverzeichnis-2018.pdf (Zugriff am 27.11.2019).
- Parlamentsdienste (2019): Totalrevision des CO₂-Gesetzes nach 2020, Geschäft 17.071. Text abrufbar unter: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20170071> (Zugriff am 20.11.2019).
- Sabatier, Paul A. (1998): The Advocacy Coalition Framework: Revisions and Relevance for Europe. In: *Journal of European Public Policy*, 5 (1), 98–130.
- Sciarini, Pascal (2015): Political Decision-Making in Switzerland. Basingstoke; New York: Palgrave Macmillan.
- UVEK, Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (2013): Bericht über die Ergebnisse der Vernehmlassung zum ersten Massnahmenpaket der Energiestrategie 2050 (Energiestrategie 2050).
- UVEK, Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (2015): Bericht über die Ergebnisse der Vernehmlassung zum Bundesgesetz über den Um- und Ausbau der Stromnetze (Strategie Stromnetze).
- UVEK, Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (2016): Bundesrat verabschiedet Botschaft zur Strategie Stromnetze. Text abrufbar unter: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-61338.html> (Zugriff am 20.11.2019).
- UVEK, Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (2019a): Öffnung des Strommarktes. Text abrufbar unter: <https://www.uvek.admin.ch/uvek/de/home/energie/oeffnung-strommarkt.html> (Zugriff am 20.11.2019).

UVEK, Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (2019b):
 Revision des Stromversorgungsgesetzes (volle Strommarktöffnung, Speicherreserve und
 Modernisierung der Netzregulierung) - Bericht über die Ergebnisse der Vernehmlassung.

12 Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Diagramm des ACF nach Sabatier (1998)	8
Abbildung 2: Überblick Massnahmen und Werte der «belief systems»	21
Abbildung 3: Positionierung der Akteure auf Konfliktdimension Wirtschaftsliberal vs. Ökologie	22
Abbildung 4: Koalitionsnetzwerk mit Darstellung der engen Zusammenarbeit zwischen den Koalitionen	26
Abbildung 5: Akteursnetzwerk.....	27

13 Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: kontroverse und themenrelevante Massnahmen im Bereich Energieeffizienz.....	12
Tabelle 2: kontroverse und themenrelevante Massnahmen im Bereich erneuerbare Energien.....	12
Tabelle 3: kontroverse und themenrelevante Massnahmen der Strategie Stromnetze	13
Tabelle 4: kontroverse und themenrelevante Massnahmen der Strommarktliberalisierung.....	14
Tabelle 5: kontroverse und themenrelevante Massnahmen der Totalrevision des CO2-Gesetzes	15
Tabelle 6: Akteure nach Validierungsprozess	16
Tabelle 7: Reputation der Akteure in der Schweizer Strompolitik der letzten 10 Jahre	19
Tabelle 8: Mittelwerte der Positionierung bezüglich einzelner Massnahmen («secondary aspects») nach Koalitionen	23
Tabelle 9: Mittelwerte der Positionierung bezüglich «deep cores» nach Koalitionen	24
Tabelle 10: Spannbreite der Positionierung zu den «policy core beliefs» und «secondary aspects» innerhalb der Koalitionen.	25
Tabelle 11: enge Zusammenarbeit der Akteure nach deren wahrgenommener Positionierung	26
Tabelle 12: Durchschnittliche Reputation der Koalitionen und deren Spannbreite der Positionierungen auf der Achse Wirtschaftsliberalismus vs. Ökologie.....	28
Tabelle 13: Massnahmen der wichtigsten Entscheidungsprozesse	38
Tabelle 14: Komponentenladungen der «policy core»-Massnahmen	40
Tabelle 15: Liste mit allen in der Analyse berücksichtigten und befragten Akteure	41
Tabelle 16: Akteure nach Einschränkungprozess	42

14 Anhang

Wichtige Entscheidungsprozesse

Tabelle 13: Massnahmen der wichtigsten Entscheidungsprozesse

Massnahme	Inhalt	Zustimmung/ Ablehnung
Verstärkung des Gebäudeprogrammes	Erhöhung der Gesamtmittel von Bund und Kantonen (plus 1/3)	Zustimmung, konkrete Umsetzung umstritten
Steuerliche Massnahmen im Gebäudebereich	Zusätzliche Steuerabzugsmöglichkeit im Gebäudebereich	Umstritten: Dauer der Abzugsmöglichkeit, Mindeststandard für Steuervorteil
Industrie und Dienstleistungen	Ausbau wettbewerbliche Ausschreibungen, um Effizienzpotentiale auszuschöpfen	Grundsätzliche Zustimmung, Umstritten: Befreiung der CO ₂ -Abgabe und Rückerstattung des Netzzuschlages
Energieversorgungsunternehmen	Instrumente zur Stromeffizienzförderung	Grundsätzliche Zustimmung, mehrheitliche Ablehnung zu Zielvorgaben der Effizienzsteigerung beim Elektrizitätsverbrauch für die Lieferung der Elektrizität (weisse Zertifikate)
Entfernung des KEV-Kostendeckels	Entfernung des Gesamtdeckels sowie Teildeckels für die Finanzierung der Vergütungen	Umstritten, da unklare Finanzierung und Befürchten einer Kostenexplosion, Mehrheit stimmt aber zu
Kontingentierung und Richtziele PV (mögliche Alternative zum KEV-Kostendeckel)	Begrenzung der finanziellen Mittel zur Förderung von PV-Anlagen mittels Kontingentierung anstatt Gesamt- und Teildeckel	Umstritten, Hauptkritikpunkt ist der Richtwert für den Zubau
Einmalvergütung für PV-Anlagen (mögliche Alternative zu KEV)	Förderung mittels Investitionshilfen anstatt Einspeisevergütung für PV-Anlagen mit einer Leistung < 10kW	Mehrheitliche Zustimmung
Ausschluss diverser Technologien aus der KEV	Ausschluss bspw. von KVA oder ARA oder fossilen Energieträgern aus der KEV	Mehrheitliche Ablehnung (Teilnehmende beziehen sich v.a. auf KVA und ARA)
Eigenverbrauchsregelung	Anlagebetreiber dürfen mit ihrem Netzbetreiber so abrechnen, dass nicht der gesamte produzierte Strom ins Netz eingespeist wird, sondern nur die Elektrizität, die nicht am Ort der Produktion verbraucht wird.	Mehrheitliche Zustimmung (mit der Einschränkung, dass die Netzkosten gedeckt bleiben)
KEV-Vollzug	Vollzug des Einspeisevergütungssystems vollziehen und Übertragung der neuen Aufgaben an eine Tochterfirma der nationalen Netzgesellschaft	Umstritten, vor allem bezüglich der Verfügungskompetenz, welche die nationale Netzgesellschaft erhalten würde (Befürchtungen eines Interessenskonflikts)
Gemeinsame Planung (Bund + Kantone) für den Ausbau erneuerbaren Energien	Einführung einer gemeinsamen Planung sowie Ausarbeitung eines gesamtschweizerischen Ausbaupotentialplan für den Ausbau von erneuerbaren Energien	Umstritten, mehrheitliche Ablehnung unter den Kantonen
Verankerung des nationalen Interesses für Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien	Verankerung des nationalen Interesses für Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien ab einer bestimmten Grösse	Mehrheitliche Zustimmung, (unter der Bedingung, dass das nationale Interesse ausschliesslich grosse Anlagen umfasst und wenn die Interessen des Natur- und Heimatschutzes einen gleichwertigen Schutz geniessen)
Förderung Wärme-Kraft Koppelung	Einführung einer Verpflichtung zur Kompensation sämtlicher verursachter Emissionen, unter gleichzeitiger Befreiung der CO ₂ -Abgabe, für Anlagen, die am WKK-Vergütungssystem teilnehmen	Mehrheitliche Ablehnung
Verbindliche Vorgaben Szenariorahmen	Durch die Festlegung eines Szenariorahmens, soll eine verpflichtende, politisch abgestützte Grundlage für die Netzplanung erarbeitet werden. Dies dient der Koordinierung von Akteuren und Ressourcen, sowie der Bündelung von Infrastrukturen.	
Prüfung der Mehrjahrespläne durch die ElCom	Netzbetreiberinnen von Verteilnetzen hoher Spannung werden verpflichtet, ihre Netzplanung zu dokumentieren und der Prüfung durch die Elcom vorzulegen. Wie in der vorangehenden Massnahme sollen damit die Bedarfsermittlung sowie die Netzplanung optimiert werden.	
Festlegung Einspeisepunkt	Die Festlegung lokaler Einspeisepunkte betrifft unter anderem Besitzer einer	

	Photovoltaikanlage. Mit der Massnahme wird ein Punkt definiert, an welchem die Zuständigkeit vom Produzenten zum Netzbetreiber wechselt. Für den Produzenten steigen dabei die Kosten, wenn der Einspeisepunkt weit weg liegt, da er für die Leitungsversorgung bis zu diesem Punkt selbst verantwortlich ist.	
Netzplanung nach NOVA-Prinzip	Mittels der Strategie Stromnetze soll die Versorgungssicherheit gewährleistet werden. Um dies zu erreichen, wird das NOVA-Prinzip (Netz-Optimierung vor Netz-Verstärkung vor Netz-Ausbau) gesetzlich verankert. Das bestehende Netz soll zunächst optimal genutzt werden, sollten dann noch Engpässe bestehen, wird es verstärkt und ausgebaut.	
Anrechenbarkeit innovativer Massnahmen	Im Hinblick auf eine dezentrale Energieversorgung sind leistungsfähige intelligente Netze von zentraler Bedeutung. Um Innovationen zu fördern, sieht die Vorlage eine finanzielle Entlastung der Netzbetreiber vor, wenn diese die Entwicklung von <i>smart grids</i> vorantreiben.	umstritten
Umsetzung der Energiestrategie 2050	Im neuen Gesetz sollen zusätzliche Massnahmen ergriffen werden, um die Ziele der Energiestrategie 2050 zu unterstützen. Konkretere Vorschläge werden allerdings nicht genannt.	Mehrheitliche Zustimmung
Förderung Grosswasserkraft	Breit diskutiert wurden zusätzliche Investitionsanreize für die Grosswasserkraft. Dabei wurden verschiedenste Strategien vorgeschlagen, welche diese Stromquelle attraktiver gestalten sollen. Die Ideen gehen von einer Weiterentwicklung der Marktprämie über die Einführung einer Lenkungsabgabe bis hin zu wettbewerblichen Ausschreibungen.	Volle Zustimmung, Differenzen bei konkreter Umsetzung
Weitere Massnahmen zur Unterstützung erneuerbarer Energien	Die Weiterführung der kostenorientierten Einspeisevergütung (KEV) wurde ebenso thematisiert wie eine Weiterentwicklung des Systems der Herkunftsnachweise. Auch eine Neuauflage des Klima- und Energielenkungssystems wurde vorgeschlagen.	Grossmehrheitliche Zustimmung; Konfliktpunkt: fördernde oder lenkende Massnahmen
Öffnung des Strommarktes gegenüber der Europäischen Union	Als positiver Aspekt wird ins Feld geführt, dass die erneuerbaren Energien in einen offenen Markt besser integriert werden könnten. Auf der anderen Seite wird argumentiert, dass heimische, erneuerbare Technologien einen Wettbewerbsnachteil erhielten und somit mehr CO ₂ -lastiger Strom importiert würde.	Kontroverse Debatte
Stromimporte	Stromimporte sollen bei den Zielvorgaben der CO ₂ -Reduktion berücksichtigt werden, wodurch ein grösserer Anteil erneuerbarer Energien im Inland nötig würden	Vereinzelte Zustimmung
Abgabebefreiung von WKK-Anlagen	Die Abgabebefreiung von Wärme-Kraft-Kopplungsanlagen führte zu Diskussionen, da gewisse Akteure befürchteten, dies könne fossile Energieträger fördern	Vereinzelte Ablehnung
Lenkungsabgabe	Lenkungsabgabe auf CO ₂ -intensive Stromquellen	Vereinzelte Zustimmung
Herkunftsnachweis	Erstellung eines Systems für den Herkunftsnachweis von Elektrizität	Mehrheitliche Zustimmung
Atomkraft	Verschiedene Massnahmen zur Förderung von Atomkraft (zum Beispiel Power-to-X) oder Gaskraft	Kontroverse Debatte (Nationalrat)

Berechnung der Reputation

Die Berechnung der Reputation beruht auf den folgenden Formeln. Die befragten Akteure bewerteten alle aufgeführten Akteure nach ihrem Einfluss auf die Schweizer Strompolitik. Weiter bekamen sie die Möglichkeit, zusätzliche Akteure zu nennen. Allerdings ist davon auszugehen, dass wichtige zusätzliche Akteure nicht unbedingt immer genannt wurden und lediglich dadurch vergessen gingen, weil sie nicht auf der Liste aufgeführt waren. Diesem Umstand wird Rechnung getragen, indem die Werte gewichtet werden.

Berechnung der Reputation (Rep):

$$Rep_{Akteur} = \frac{\sum x_{Akteur}}{n_{befragte\ Akteure}} * g$$

Gewichtung (g):

$$g_{Akteure\ auf\ Liste} = 1$$

$$g_{weitere\ Akteure} = n_{Nennungen\ weiterer\ Akteur} * Prob_{weitere\ Akteure}$$

Wahrscheinlichkeit spontaner Nennung weiterer Akteure:

$$Prob_{weitere\ Akteure} = \frac{n_{Akteure, die\ weitere\ Akteure\ nennen}}{n_{befragte\ Akteure}}$$

PCA: Komponentenladungen

Tabelle 14: Komponentenladungen der «policy core»-Massnahmen

Massnahme	Komponentenladung
Liberalisierung des Strommarkts für alle Konsumentinnen und Konsumenten	-0.732
Unbeschränkter Zugang zum europäischen Strommarkt	-0.385
Förderung erneuerbarer Energien durch Lenkungsabgaben	0.423
Ausstieg Atomenergie	0.758
Förderung erneuerbarer Energien durch Subventionen	0.810

Liste aller berücksichtigten und befragten Akteure

Aufgeführt sind alle Akteure, welche in der Befragung eingeschätzt wurden (Akteure auf ursprünglicher Liste und zusätzlich genannte Akteure). Sie sind absteigend nach ihrer Reputation sortiert. In der Spalte «Erhebung» wird aufgeführt, auf welche Art und Weise die Akteure befragt wurden. Mit «Interview» gekennzeichnete Akteure wurden persönlich interviewt, mit «Befragung» bezeichnete Akteure sandten uns Teil B und C des Fragebogens zu. Einzelne Akteure verzichteten auf eine Beantwortung unserer Fragen. Sofern sie als wichtig für das Politikfeld erachtet wurden, wurde ihre Positionierung (Teil B) mittels Vernehmlassungsantworten ermittelt. Für die Beziehungen zu anderen Akteuren (Teil C) wurden die eingehenden Beziehungen auch als ausgehende behandelt. Damit kann die Realität zwar nicht genau nachgebildet werden, die Resultate erscheinen jedoch plausibel.

Tabelle 15: Liste mit allen in der Analyse berücksichtigten und befragten Akteure (mit einem * gekennzeichnete Akteure sind die konstruierten Kollektivakteure)

ID	Akteur	Reputation	Erhebung
UVEK	Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation	2.774	-
UVEKBFE*	UVEK / BFE	2.774	
BR	Bundesrat	2.613	-
BFE	Bundesamt für Energie	2.548	Interview
ENDK	Konferenz kantonaler Energiedirektoren	2.226	Interview
VSE	Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen	2.194	Interview
SP	Sozialdemokratische Partei	2.129	Interview
CVP	Christlichdemokratische Volkspartei	2.097	Vernehmlassung
BKW	BKW Energie AG	2.097	Fragebogen
SGRID	Swissgrid AG	2.097	Interview
FDP	FDP.Die Liberalen	2.065	Interview
AXPO	Axpo Holding AG	2.065	Interview
WWF	WWF Schweiz	2.000	-
UALL*	Umweltallianz	2.000	
ALPI	Alpiq Holding AG	1.968	Interview
GPS	Grüne Partei der Schweiz	1.935	Fragebogen
ELCOM	Eidgenössische Elektrizitätskommission	1.935	Interview
SWV	Schweizerischer Wasserwirtschaftsverband	1.935	Interview
SES	Schweizerische Energiestiftung	1.786	Interview
ES	Economiesuisse	1.774	Interview
GLP	Grünliberale Partei	1.710	Vernehmlassung
AEE	Aee Suisse	1.710	Interview
SVP	Schweizerische Volkspartei	1.677	Vernehmlassung
RKGK	Berggebiete	1.677	Interview
GPEAC	Greenpeace Schweiz	1.677	-
SCLEA	Swisscleantech	1.581	Interview
DSV	Dachverband Schweizer Verteilnetzbetreiber	1.484	Interview
GGG	Gruppe Grosser Stromkunden	1.419	Interview
SGV	Schweizerischer Gewerbeverband	1.387	Interview
SLS	Stiftung Landschaftsschutz Schweiz	1.387	Vernehmlassung
SV	Städteverband	1.323	Vernehmlassung
EWZ	Elektrizitätswerke der Stadt Zürich	1.323	Interview
SSOL	Swissolar	1.259	Fragebogen
HEV	Hauseigentümergeverband	1.161	Interview
BDP	Bürgerlich-Demokratische Partei	1.129	Vernehmlassung
AKAD	Akademien der Wissenschaften Schweiz	1.097	Interview
KONS	Konsumentenorganisationen	1.065	Fragebogen
NUKL	Nuklearforum	1.032	Interview
SGB	Schweizerischer Gewerkschaftsbund	1.000	Interview
SOIL	Swissoil	0.935	-
SMV	Schweizerischer Mieterinnen- und Mieterverband	0.871	-
ETH	ETH-Rat	0.871	-
GV	Gemeindeverband	0.839	Fragebogen

SNUC	Swissnuclear	0.824	-
SPOW	Swisspower	0.824	Fragebogen
TS	Travail.Suisse	0.742	Interview
WEKO	Wettbewerbskommission	0.710	Interview
KBNL	Konferenz der Beauftragten für Natur- und Landschaftsschutz	0.677	-
KGTV	Konferenz der Gebäudetechnikverbände	0.613	Fragebogen
SMEM	Swissmem	0.481	-
VSG	Verband der Schweizerischen Gasindustrie	0.412	-
SEOLE	Suisse Eole	0.229	-
STECH	Suissetec	0.183	-
SCIND	scienceindustries	0.137	-
PRONA	Pro Natura	0.092	-
HSUB	Verein Hochspannung unter den Boden	0.069	-
PSI	Paul Scherrer Institut	0.069	-
ECOP	Ecoplan	0.069	-
INFRAS	INFRAS	0.069	-
BSS	B,S,S. Volkswirtschaftliche Beratung AG	0.069	-
IGEB	InteressenGemeinschaft Energieintensive Branchen	0.069	-
PARL	Parlament	0.069	-
VCS	Verkehrs-Club der Schweiz	0.069	-
SELEC	Swisselectric	0.069	-
BAG	Bundesamt für Gesundheit	0.069	-
BAUME	Baumeisterverband	0.069	-
FPE	Fédération Patronale et Économique	0.069	-
EMPA	Eidgenössische Materialprüfungs- und Forschungsanstalt	0.069	-
BAFU	Bundesamt für Umwelt	0.046	-
EKZ	Elektrizitätswerke des Kantons Zürich	0.046	-
RPOW	Repower	0.046	-
IWB	Industrielle Werke Basel	0.046	-
SSHYD	Swiss Small Hydro	0.046	-
BAUEN	Bauen Schweiz	0.046	-
AVEN	Avenir Suisse	0.046	-
BPUK	Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz	0.023	-
BIOM	Biomasse Suisse	0.023	-
VOLK	Volk	0.000	-
GTEM	Geothermie Schweiz	0.000	-
UREK	Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie	0.000	-

Akteure nach Einschränkungsprozess

Tabelle 16: Akteure nach Einschränkungsprozess

Parteien	Umwelt- und Landschaftsschutz
Schweizerische Volkspartei SVP	Aqua Viva
Sozialdemokratische Partei SP	Stiftung Landschaftsschutz Schweiz SLS
FDP.Die Liberalen	Verband freie Landschaft Schweiz
Grüne Partei der Schweiz GPS	Vereinigung „Hochspannung unter den Boden“ HSUB
Christlichdemokratische Volkspartei CVP	Umweltallianz
Grünliberale Partei Schweiz GLP	Nwa Schweiz
Bürgerlich-Demokratische Partei BDP	
Exekutive und Verwaltung	Gebäude
Bundesrat	Konferenz der Gebäudetechnik-Verbände KGTV
Bundesamt für Energie	Hauseigentümerverband HEV
Kommissionen und Konferenzen	Fossile Energien
Eidgenössische Elektrizitätskommission ElCom	Eco Swiss
Berggebiete (SAB, RKGK)	
Wettbewerbskommission WEKO	
Konferenz der Beauftragten für Natur- und Landschaftsschutz KBNL	

Konferenz kantonalen Energiedirektoren EnDK	
Dachverbände der Wirtschaft	Cleantech, Erneuerbare und Energieeffizienz
Economiesuisse	Aee Suisse
Schweizerischer Gewerbeverband SGV	Schweizerischer Verband für Umweltechnik SVUT
Travail.Suisse	Genossenschaft Ökostrom Schweiz
Schweizerischer Gewerkschaftsbund SGB	
Schweizerischer Wasserwirtschaftsverband SWV	
Stromproduktion und -vertrieb	Kernkraft
Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen VSE	Nuklearforum
Verein Smart Grid Schweiz VSGS	
Stromverbraucher	Wissenschaft
Gruppe Grosser Stromkunden GGS	Akademien der Wissenschaften Schweiz
Konsumentenorganisationen (FRC, kf, SKS)	ETH-Rat

Interview zur Schweizer Strompolitik

Dieses Interview ist Teil einer Forschungsarbeit zum Thema «Strompolitik der Schweiz», welche im Rahmen eines Capstone-Kurses am Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich erarbeitet wird. Die Forschungsarbeit soll aufzeigen, welche die für die Schweizer Strompolitik relevanten Akteure sind, welche Interessen sie vertreten und wie sie allenfalls zusammenarbeiten. Dieses Projekt wird im Auftrag von Swissolar, dem schweizerischen Fachverband für Sonnenenergie, durchgeführt. Ausserdem werden die Ergebnisse in einem Bericht veröffentlicht und können Ihnen bei Bedarf zugestellt werden.

Das Interview besteht aus vier Teilen und soll nicht mehr als eine Stunde dauern. Teil A besteht aus offenen Fragen zur Positionierung Ihrer Organisation in der Schweizer Strompolitik. In Teil B geht es um die Positionierung in Bezug auf konkrete Massnahmen. In Teil C werden wir Sie bitten, andere Akteure einzuschätzen, die in der Schweizer Strompolitik eine wichtige Rolle einnehmen. Zum Schluss folgt in Teil D ein kurzer Ausblick in die Zukunft. Teil A und D werden in einem offenen Gespräch besprochen, bei Teil B und C handelt es sich um Fragebögen, welche direkt ausgefüllt werden können.

Falls es für Sie in Ordnung ist, würden wir dieses Gespräch aufzeichnen sowie Notizen dazu machen. Die Aufzeichnung wird ausschliesslich für Forschungszwecke im Rahmen dieser Arbeit verwendet und nicht an Dritte weitergegeben.

Projektbegleitung:

Prof. Dr. Daniel Kübler
&
Palmo Brunner

Institut für Politikwissenschaft
Universität Zürich

zuständige Kontaktpersonen:

Delia Brändli, Christian Schäpper, Maja Schoch & Jonas Wüthrich (MA-Politikwissenschaft)

Universität Zürich
Institut für Politikwissenschaft
Affolternstrasse 56
8050 Zürich

Bei allfälligen Fragen wenden Sie sich bitte an: maja.schoch@uzh.ch / 079 729 34 41

Name: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

Vorname: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

Organisation: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

Datum: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

Zustellung des Endberichtes: Ja Nein

Teil A

Dieser Teil beinhaltet drei offene Fragen zur Schweizer Strompolitik.

A1: Würden Sie die Strompolitik als einen Politikbereich bezeichnen, der für Ihre Organisation von grosser Relevanz ist?

A2: Wie hat sich die Strompolitik in der Schweiz Ihrer Meinung nach in den letzten zehn Jahren tendenziell verändert? Welches waren die wichtigsten / grössten Veränderungen? Welche äusseren Einflüsse wie Ereignisse, Bewegungen etc. haben die Strompolitik der letzten 10 Jahre massgebend geprägt?

A3: Befürwortet Ihre Organisation die Energiestrategie 2050 im Allgemeinen und wo setzt sie in Bezug darauf die Schwerpunkte?

Teil B

B1: Welche drei grundlegenden Werthaltungen, bzw. Kriterien sind bei der Gestaltung der Schweizer Strompolitik für Ihre Organisation am wichtigsten?

Beispiele für grundlegende Werthaltungen:

- Freie Marktwirtschaft
- Ökonomische Effizienz
- Ökologische Verträglichkeit
- Soziale Gerechtigkeit
- Unabhängigkeit vom Ausland
- Versorgungssicherheit
- Sicherheit der Bevölkerung

B2: Die folgenden Massnahmen wurden in den letzten zehn Jahren in der Schweizer Strompolitik kontrovers diskutiert. Wie positioniert sich Ihre Organisation dabei?

Massnahmen	Volle Ablehnung	Teilweise Ablehnung	Teilweise Zustimmung	Volle Zustimmung
Allgemein				
Ausstieg aus der Atomenergie	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Unbeschränkter Zugang zum europäischen Strommarkt	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Massnahmen Energiestrategie 2050				
Förderung erneuerbarer Energien durch Subventionen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Förderung erneuerbarer Energien durch Lenkungsabgaben	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Erhöhung des Netzzuschlags	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Steuerliche Massnahmen für Energieeffizienz im Gebäudebereich	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Effizienzziele für Strom-Grossverbraucher (Möglichkeit, sich von CO ₂ -Abgabe & Netzzuschlag zu befreien wenn sie sich zur Stromeffizienzsteigerung & CO ₂ -Emissionsverminderung verpflichten)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Verschärfung der Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich (MuKE)en	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Förderung der Stromeffizienz durch Einführung von Weissen Zertifikaten als Zielvorgabe für Elektrizitätsversorger	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Entfernung des KEV- Kostendeckels	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Einspeisevergütung: Obergrenze von 10MW für die Wasserkraftanlagen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Massnahmen Revision StromVG / EleG				
Verbindliche Vorgaben Szenariorahmen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grundsätze Netzplanung: gesetzliche Verankerung des NOVA-Prinzips	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Anrechenbarkeit innovativer Massnahmen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Durchführung Plangenehmigungsverfahren durch verwaltungsexterne Personen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Liberalisierung des Strommarkts für alle Konsumentinnen und Konsumenten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Massnahmen	Volle Ablehnung	Teilweise Ablehnung	Teilweise Zustimmung	Volle Zustimmung
Weitere Massnahmen				
Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

B3: Gibt es Ihrer Meinung nach weitere Massnahmen/Veränderungen/Themen, welche in der Schweizer Strompolitik aktuell kontrovers diskutiert werden?

B4: Welche sind für Sie die umstrittensten Massnahmen? Welche die relevantesten?

Teil C

In den folgenden drei Fragen geht es um die Einschätzung der relevanten Akteure in der Schweizer Strompolitik.

C1: Zunächst möchten wir Sie fragen, **wie einflussreich die folgenden Akteure für die Schweizer Strompolitik der letzten zehn Jahre aus Ihrer Sicht waren** (in welchem Masse können die folgenden Organisationen Einfluss auf die Politikgestaltung nehmen). Falls Ihrer Meinung nach Akteure fehlen, die in diesem Zeitraum ebenfalls viel Einfluss ausgeübt haben, können Sie diese unten auf den Leerzeilen anfügen:

Akteur	unwichtig	weniger wichtig	wichtig	sehr wichtig	unbekannt
Parteien					
SVP	<input type="checkbox"/>				
SP	<input type="checkbox"/>				
FDP	<input type="checkbox"/>				
Grüne	<input type="checkbox"/>				
CVP	<input type="checkbox"/>				
GLP	<input type="checkbox"/>				
BDP	<input type="checkbox"/>				
Bund					
Bundesrat	<input type="checkbox"/>				
Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK	<input type="checkbox"/>				
Bundesamt für Energie	<input type="checkbox"/>				
Kommissionen und Konferenzen					
Eidgenössische Elektrizitätskommission ElCom	<input type="checkbox"/>				
Berggebiete (SAB, RKGK)	<input type="checkbox"/>				
Wettbewerbskommission WEKO	<input type="checkbox"/>				

Akteur	unwichtig	weniger wichtig	wichtig	sehr wichtig	unbekannt
Konferenz der Beauftragten für Natur- und Landschaftsschutz KBNL	<input type="checkbox"/>				
Konferenz kantonaler Energiedirektoren EnDK	<input type="checkbox"/>				
Städteverband	<input type="checkbox"/>				
Gemeindeverband	<input type="checkbox"/>				
Dachverbände der Wirtschaft					
Economiesuisse	<input type="checkbox"/>				
Schweizerischer Gewerbeverband SGV	<input type="checkbox"/>				
Travail.Suisse	<input type="checkbox"/>				
Schweizerischer Gewerkschaftsbund SGB	<input type="checkbox"/>				
Schweizerischer Wasserwirtschaftsverband SWV	<input type="checkbox"/>				
Elektrizitätswirtschaft					
Alpiq Holding AG	<input type="checkbox"/>				
Axpo Holding AG	<input type="checkbox"/>				
BKW Energie AG	<input type="checkbox"/>				
Dachverband Schweizer Verteilnetzbetreiber DSV	<input type="checkbox"/>				
Elektrizitätswerke der Stadt Zürich EWZ	<input type="checkbox"/>				
Swissgrid AG	<input type="checkbox"/>				
Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen VSE	<input type="checkbox"/>				
Stromverbraucher					
Gruppe Grosser Stromkunden GGS	<input type="checkbox"/>				
Konsumentenorganisationen (FRC, kf, SKS)	<input type="checkbox"/>				
Gebäude					
Hauseigentümerverband HEV	<input type="checkbox"/>				

Akteur	unwichtig	weniger wichtig	wichtig	sehr wichtig	unbekannt
Konferenz der Gebäudetechnik-Verbände KGTV	<input type="checkbox"/>				
Schweizerischer Mieterinnen- und Mieterverband	<input type="checkbox"/>				
Umwelt- und Landschaftsschutz					
Greenpeace Schweiz	<input type="checkbox"/>				
Stiftung Landschaftsschutz Schweiz SLS	<input type="checkbox"/>				
WWF Schweiz	<input type="checkbox"/>				
Fossile Energieträger					
Swissoil	<input type="checkbox"/>				
Kernkraft					
Nuklearforum	<input type="checkbox"/>				
Cleantech, Erneuerbare und Energieeffizienz					
Aee Suisse	<input type="checkbox"/>				
Swisscleantech	<input type="checkbox"/>				
Wissenschaft					
Akademien der Wissenschaften Schweiz	<input type="checkbox"/>				
ETH-Rat	<input type="checkbox"/>				
Weitere Akteure					
Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	<input type="checkbox"/>				
Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	<input type="checkbox"/>				
Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	<input type="checkbox"/>				
Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	<input type="checkbox"/>				
Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	<input type="checkbox"/>				
Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	<input type="checkbox"/>				

C2: Als Nächstes würden wir gerne von Ihnen erfahren, **wie sich die anderen Akteure im Vergleich mit Ihrer Organisation bezüglich der Strompolitik in den letzten zehn Jahren positioniert haben**. Bitte kreuzen Sie diejenigen Akteure an, die klare Übereinstimmungen oder klare Differenzen gegenüber Ihrer eigenen Positionierung aufweisen. Falls die Positionierung ambivalenter oder neutraler Natur ist, können beide Felder offengelassen werden. Etwaige zusätzliche Akteure können ebenfalls eingeschätzt werden.

Akteur	Übereinstimmungen	Differenzen
Parteien		
SVP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
SP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CVP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
GLP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
BDP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bund		
Bundesrat	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bundesamt für Energie	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kommissionen und Konferenzen		
Eidgenössische Elektrizitätskommission ElCom	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Berggebiete (SAB, RKGK)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Wettbewerbskommission WEKO	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Konferenz der Beauftragten für Natur- und Landschaftsschutz KBNL	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Konferenz kantonalen Energiedirektoren EnDK	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Städteverband	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Gemeindeverband	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Dachverbände der Wirtschaft		
Economiesuisse	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Schweizerischer Gewerbeverband SGV	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Travail.Suisse	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Schweizerischer Gewerkschaftsbund SGB	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Schweizerischer Wasserwirtschaftsverband SWV	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Elektrizitätswirtschaft		
Alpiq Holding AG	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Axpo Holding AG	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
BKW Energie AG	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Dachverband Schweizer Verteilnetzbetreiber DSV	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Elektrizitätswerke der Stadt Zürich EWZ	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Swissgrid AG	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen VSE	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Akteur	Übereinstimmungen	Differenzen
Stromverbraucher		
Gruppe Grosser Stromkunden GGS	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Konsumentenorganisationen (FRC, kf, SKS)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Gebäude		
Hauseigentümerverband HEV	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Konferenz der Gebäudetechnik-Verbände KGTV	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Schweizerischer Mieterinnen- und Mieterverband	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Umwelt- und Landschaftsschutz		
Greenpeace Schweiz	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Stiftung Landschaftsschutz Schweiz SLS	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
WWF Schweiz	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Fossile Energieträger		
Swissoil	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kernkraft		
Nuklearforum	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Cleantech, Erneuerbare und Energieeffizienz		
Aee Suisse	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Swisscleantech	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Wissenschaft		
Akademien der Wissenschaften Schweiz	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
ETH-Rat	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Weitere Akteure		
Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

C3: Nun würden wir gerne von Ihnen erfahren, **mit welchen Akteuren Ihre Organisation in den letzten zehn Jahren bezüglich der Ausgestaltung der Schweizer Strompolitik eng zusammengearbeitet hat.**

Akteur	Enge Zusammenarbeit
Parteien	
SVP	<input type="checkbox"/>
SP	<input type="checkbox"/>
FDP	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input type="checkbox"/>
CVP	<input type="checkbox"/>
GLP	<input type="checkbox"/>
BDP	<input type="checkbox"/>
Bund	
Bundesrat	<input type="checkbox"/>
Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK	<input type="checkbox"/>
Bundesamt für Energie	<input type="checkbox"/>
Kommissionen und Konferenzen	
Eidgenössische Elektrizitätskommission ElCom	<input type="checkbox"/>
Berggebiete (SAB, RKGK)	<input type="checkbox"/>
Wettbewerbskommission WEKO	<input type="checkbox"/>
Konferenz der Beauftragten für Natur- und Landschaftsschutz KBNL	<input type="checkbox"/>
Konferenz kantonaler Energiedirektoren EnDK	<input type="checkbox"/>
Städteverband	<input type="checkbox"/>
Gemeindeverband	<input type="checkbox"/>
Dachverbände der Wirtschaft	
Economiesuisse	<input type="checkbox"/>
Schweizerischer Gewerbeverband SGV	<input type="checkbox"/>
Travail.Suisse	<input type="checkbox"/>
Schweizerischer Gewerkschaftsbund SGB	<input type="checkbox"/>
Schweizerischer Wasserwirtschaftsverband SWV	<input type="checkbox"/>
Elektrizitätswirtschaft	
Alpiq Holding AG	<input type="checkbox"/>
Axpo Holding AG	<input type="checkbox"/>
BKW Energie AG	<input type="checkbox"/>
Dachverband Schweizer Verteilnetzbetreiber DSV	<input type="checkbox"/>
Elektrizitätswerke der Stadt Zürich EWZ	<input type="checkbox"/>
Swissgrid AG	<input type="checkbox"/>
Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen VSE	<input type="checkbox"/>

Akteur	Enge Zusammenarbeit
Stromverbraucher	
Gruppe Grosser Stromkunden GGS	<input type="checkbox"/>
Konsumentenorganisationen (FRC, kf, SKS)	<input type="checkbox"/>
Gebäude	
Hauseigentümerverband HEV	<input type="checkbox"/>
Konferenz der Gebäudetechnik-Verbände KGTV	<input type="checkbox"/>
Schweizerischer Mieterinnen- und Mieterverband	<input type="checkbox"/>
Umwelt- und Landschaftsschutz	
Greenpeace Schweiz	<input type="checkbox"/>
Stiftung Landschaftsschutz Schweiz SLS	<input type="checkbox"/>
WWF Schweiz	<input type="checkbox"/>
Fossile Energieträger	
Swissoil	<input type="checkbox"/>
Kernkraft	
Nuklearforum	<input type="checkbox"/>
Cleantech, Erneuerbare und Energieeffizienz	
Aee Suisse	<input type="checkbox"/>
Swisscleantech	<input type="checkbox"/>
Wissenschaft	
Akademien der Wissenschaften Schweiz	<input type="checkbox"/>
ETH-Rat	<input type="checkbox"/>
Weitere Akteure	
Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	<input type="checkbox"/>
Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	<input type="checkbox"/>
Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	<input type="checkbox"/>
Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	<input type="checkbox"/>
Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	<input type="checkbox"/>
Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	<input type="checkbox"/>
Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	<input type="checkbox"/>
Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	<input type="checkbox"/>

Teil D

Zum Schluss würden wir Ihnen gerne noch ein paar abschliessende Fragen zur Zukunft der Schweizer Strompolitik stellen:

D1: Wie wird sich die Strompolitik in der Schweiz Ihrer Meinung nach in Zukunft, das heisst in den kommenden zehn Jahren, verändern? Welche möglichen Entwicklungsszenarien sehen Sie?

D2: Gibt es sonst noch etwas, das Ihnen wichtig ist und wir nicht besprochen haben?

Besten Dank für Ihre Zeit und Mitarbeit!